

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Aufwendung unter Kreisland M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg. St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Bereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Petitzelle oder deren Raum 80 A.
Zeitungss-Preissliste Nr. 8202.

Inhalt: Wirtschaftliche Krisis und Arbeitslosigkeit. — Wirtschaftliches Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausschreitungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Zur Einigung. Der Kösliner Landeskensbruch-Prozeß. Vom Bau: Unfälle, Arbeitserfolg, Submissionsen etc. — Aus anderen Bereichen: Gewerkschaftsversiegelung und Arbeitserverfügung. — Polizei und Gerichte. — Eingezogene Schriften. — Briefkosten. — Streitabrechnungen. — Centralbankenfasse. — Centralverband der Maurer. — Quittung. — Abrechnung des Verbandes vom 3. Quartal 1901. — Anzeigen. — Feuilleton.

Wirtschaftliche Krisis und Arbeitslosigkeit.

Vor einigen Wochen gab man sich in industriellen Kreisen der Hoffnung hin, daß die wirtschaftliche Konjunktur bald sich bessern und die Krisis ihr Ende erreichen werde. Diese Hoffnung ist jedoch bis jetzt leider nicht in Erfüllung gegangen — im Gegenteil, die Krisis hat eine weitere stetige Verschärfung erfahren; es ist noch nicht abzusehen, wann sie ihren Höhepunkt erreicht haben wird. Wie schlimm die Lage geworden ist, mit der die weitesten Schichten unseres Volkes zu rechnen haben, läßt sich u. U. aus dem gewaltigen Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen im Frachtverkehr ersehen. Diese Einnahmen sind trotz der gestiegenen Bevölkerungsraffer und trotz des erweiterten Eisenbahnnetzes im November um 3/4 Millionen Mark geringer gewesen als im gleichen Monat des Jahres zuvor. Die hauptstädter Industriezweige haben sich zu weiteren Arbeitseinschränkungen genötigt gesehen. So ist im Bergbau, der insgesamt 326 047 Arbeiter aufweist, der überwiegende Theil dieser Arbeiter auf die Inhaftierung von Feierabenden angewiesen, da der Kohlen- und Roofsbedarf für industrielle Zwecke erheblich nachgelassen hat. Auch die Eisensteingruben haben ihre Förderung beträchtlich eingeschränkt. Und in den Hüttenwerken sollen die Produktions einschränkungen bis auf 50 %, also bis zur Hälfte der seitherigen Produktion gestiegen sein. Abgangsstücke in sehr großem Umfang sind ferner eingetreten in den Gießereien und im Kleineisenzeuggewerbe. Von den in diesen Betrieben beschäftigt gewesenen, zusammen etwa 110 000 Arbeitern dürfte reichlich ein Drittel von der Arbeitslosigkeit betroffen sein. Noch schlechter ist es um die Maschinenfabrikation bestellt, die nahezu 116 000 Arbeiter aufzuweisen hat. Der Arbeitsmangel in dieser Industrie wird drastisch dadurch illustriert, daß 180 Berliner Firmen der Maschinen- und elektrotechnischen Branche an das preußische Staatsministerium ein Gesuch gerichtet haben, ihnen unter allen Umständen Beschäftigung zu gewähren, selbst zu Preisen, die einen Verdienst nicht übrig lassen, damit sie nicht genötigt seien, noch mehr Arbeiter zu entlassen. Ohne Zweifel haben die Unternehmer ein erhebliches Interesse daran, sich einen tüchtigen Stamm von Arbeitern zu erhalten.

In der dem Baugewerbe eng verwandten Industrie der Steine und Zuden ist heuer die Betriebs einschränkung eine weit erheblichere, als man sie sonst infolge der Winterzeit gewohnt war.

Es kann nach alledem nicht Wunder nehmen, daß auch die Konjunkturen im Baugewerbe eine erkennbare Verbesserung nicht erfahren haben. Um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu mindern, macht die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“ — ein neu gegründetes, sehr empfehlenswertes Blatt — einen beachtlichen Vorschlag. Sie weist darauf hin, daß in ganz Deutschland das Interesse für die Errichtung von Volkshospitäten für Lungenkrank und auch, obwohl viel geringer, für Heilstätten für Nervenkrank lebhaft ist. Es ist die Erbauung von solchen Heilstätten theils schon vorbereitet, theils ist sie beschlossen, theils wird sie erwogen. Die „Krankenkass-Ztg.“ regt nun an,

dass die in Vorbereitung befindlichen, die beschlossenen und beabsichtigten Heilstättenbauten beschleunigt werden möchten, und zwar in dem Maße, daß zum Anfang der nächsten Bauperiode mit den Bauten begonnen werden könnte. Bauunternehmerinnen sind entweder die Landesversicherungsanstalten oder gemeinnützige Vereine, denen von den Landesversicherungsanstalten die Baugelder vorgestreckt werden. Bei den reichen Mitteln, über welche die Landesversicherungsanstalten verfügen, ist es für sie leicht, in kurzer Frist die Kauf- und Baugelder flüssig zu machen. Wenn in den verschiedenen Gegenden zugleich im nächsten Frühjahr Volkshospitätenbauten in Gang kämen, so würde dies seinen Einfluß auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe im günstigen Sinne ausüben.

Bis jetzt ist noch wenig, ja, hier und da noch garnichts zu bemerken, daß die Staats- und Gemeindebehörden gewillt sind, mit dem der ersten Situation entsprechenden Eifer an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heranzutreten. In schönen Versprechungen, an offiziösen und offiziellen Ankündigungen, daß man die Baufähigkeit durch schläfrige Finanzierung größerer öffentlicher Arbeiten fördern wolle, hat es ja allerdings nicht gefehlt. Über es scheint, als solle die Ausführung dieser Ankündigungen in bedeutsamer Weise auf sich warten lassen. Wenigstens müßte man jetzt schon in der Lage sein, einigermaßen ermessen zu können, in welchem Umfang die Finanzierung öffentlicher Bauten zu gewärtigen ist. Das würde nicht unerheblich zur Verhüting der Gemüthe dienen. Aber es ist unmöglich, sich darüber zu informieren, weil eine Centralstelle fehlt, von der aus die Information erfolgen könnte. Wir haben ja leider immer noch nicht ein Reichsarbeitsamt und Arbeitsämter! Wie nutzlich diese Institutionen sein könnten, wie nothwendig sie sind, das läßt sich gerade jetzt sehr deutlich erkennen.

Mit welch unvernünftigen, sogenannten „ordnungspolitischen“ Elementen man bei der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, hat sich kurz vor Weihnachten im badischen Landtag gelegentlich der Versprechen folgender Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten gezeigt:

„Was gebietet die Regierung zu thun, um die durch den wirtschaftlichen Rückgang herbeigeführte, beständig steigende und durch den Winter in ihrer Wirkung noch besonders verschärzte außerordentliche Arbeitslosigkeit zu mildern?“

Der Zentrumsabgeordnete Geharter, der auch im Reichstag schon öfter absonderliche sozialpolitische Weisheit zum Besten gegeben hat, erhob gegen die Arbeiter den Vorwurf, daß sie durch Zentralisierung von Streiks die Arbeitslosigkeit großenteils „selbst verschuldeten“. Noch toller trieb es der nationalliberale Abgeordnete Wittum, der untergedrückt wissen will zwischen Arbeitslosen und den „heutzutage leider in großer Anzahl vorhandenen Arbeitslosen“. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist ihm eine „un durchführbare“ Idee. Die beste Versicherung der Arbeiter gegen Not sei, sie zum „Sparen“ anzuhalten; sie in guten Zeiten von ihrem Dohn so viel zurücklegen, um in den schlechten Zeiten leben zu können. Der Arbeiter, der das nicht thue, habe kein Recht auf Arbeit!!!

Dieser Nationalliberal wurde wieder übertrumpft von dem agrarischen Abgeordneten Burchardi, der der künftig erklärte: Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit müsse er als eine „Faulenzer-Versicherung“ bezeichnen.

Auch der Ministerpräsident Schenkel machte eine seltsame Neuherzung; er meinte, es sei nur zu begrüßen, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter „sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

bemühen und sich mehr „mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Angehörigen, als mit der Politik befassen.“ Hat denn aber dieser Herr noch nicht gelernt, daß alle die brennenden wirtschaftlichen Fragen, die den Arbeiter angehen, sich unmöglich von der Politik trennen lassen, daß jede dieser Fragen im engsten Zusammenhang mit der Politik steht??!

Auch die Mehrheit der Berliner Stadtväter hat kurz vor Weihnachten bemisst, daß ihr das Verständnis für die Arbeitslosigkeit völlig abgent. Der Stadtvorordnetenversammlung lag ebenfalls eine Interpellation betr. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit vor. Obwohl amtlich anerkannt werden mußte, daß es sich für Berlin um die Arbeitslosigkeit von etwa 50 000 arbeitsfähigen Personen handelt, glaubte jene Mehrheit doch, darin nichts Außerordentliches sehen zu müssen und auf außerordentliche Maßnahmen verzichten zu dürfen. Und diese Mehrheit nennt sich „freiheitlich“.

Wie weit die von den Regierungen mehrerer Bundesstaaten in's Werk gesetzten Erhebungen, bezüglich die Arbeitslosigkeit gebieben sind, entzieht sich der öffentlichen Kenntniß. Man hört und meint nichts davon. Wir haben bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht, daß man sich zwecks Vornahme dieser Erhebungen amtlicherseits auch an die Leitungen gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen gewendet hätte. Es scheint, daß diese auch jetzt wieder in gewohnter Weise ignorirt werden sollen; höchstens daß der eine oder der andere Gewerbeaufsichtsbeamte ihre Mitteilungen zu schäzen weiß. Für die Herren im Regiment existiert die Arbeiterbewegung eben nur in so weit, als man Vornahme nimmt, sie zu bekämpfen. Sonach ist es durchaus begreiflich, daß die gewerkschaftlichen Organisationen selbst mehr und mehr die Initiative zu selbstständigen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit ergreifen. Die Berliner Gewerkschaften haben für den Monat Januar eine gründliche Arbeitslozenzählung vorbereitet, die von Haus zu Haus mittelst Zählkarten unter Mitwirkung der sozialdemokratischen politischen Organisation erfolgen soll. Man hofft auf diese Weise, brauchbares Material zum Vergleiche mit den Ergebnissen der von den Behörden vorgenommenen Zählung herbeizuschaffen, denn die Erfahrung lehrt, daß derartige Enquêtes durchaus mangelhaft und unzureichend zu sein pflegen.

Es bleibt noch zu berücksichtigen, daß man jetzt hier und da die Abschließung ausländischer Arbeiter betreibt. Bürgerliche Blätter versichern, es geschehe das zum „Schutz der einheimischen Arbeiter“. Wie wir über die Konkurrenz der billigeren ausländischen Arbeitskraft denken, haben wir schon oft dargelegt. Wir wollen verhüten müssen, daß der deutsche Arbeiter durch diese Konkurrenz niedrigere Löhne, wie überhaupt schlechtere Arbeitsbedingungen aufzotrifft bekommt oder daß gar keine Arbeitskraft völlig überflüssig gemacht wird. Was die ausländischen Arbeiter bei uns so stark vermehrt hat, das war nicht sowohl eine gestiegerte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, als vielmehr das speulative Bestreben gewisser Unternehmergruppen, durch feile Agenten möglichst viele ausländische Arbeiter heranzuziehen, nicht nur, weil dieselben billiger arbeiten, sondern auch, weil sie eine indifferentie Masse sind, die sich verwerthen läßt im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen. Diesem frivolen Bestreben hat besonders die baugewerbliche Unternehmerschaft viele Jahre hindurch stark gehuldigt; nicht weil Mangel an Arbeitskräften war, sondern um die Arbeiterorganisation zu schädigen und ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen erfolglos zu machen, haben die Baugewerkschaften Bemühungen von polnischen, italienischen, böhmischen Bauarbeitern in's Land gezogen. Es ist empörende Geschichte, wenn bür-

gerliche Plätter jetzt, wie diese Arbeitskräfte auch überflüssig sind, und mehr und mehr zum Luxus werden, behaupten, daß ihre Absehung dem „Schuh der nationalen Arbeit“ dienen solle. Es ist gut, sich diese Gedanken zu merken!

Schließlich ist noch folgende Thatsache zu berücksichtigen: In einigen preußischen Provinzen, so insbesondere in der Provinz Brandenburg, hat ein bedeutender Rückgang von Arbeitskräften aus der Industrie zur Landwirtschaft stattgefunden. Dieser Rückgang ist so erheblich, daß landwirtschaftliche Veränderungen erschaffen können: „nur besteht keine Leinenoth für die Landwirtschaft mehr; es feien Arbeitskräfte in Hülle und Fülle zu niedrigsten Löhnen zu haben!“ Damit wäre ein Wunsch der Agrarier ja glücklich verwirklicht, aber wahrlich nicht zum Vortheil der nationalen Arbeit!

Wirthschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“.)

Allgemeines. — Die Lage des Kohlenhandels. — Die Mindererzeugung in der Eisenindustrie. — Der Zusammensprung des Kupfermarktes. — Beschäftigung der Schiffsbaufirmen. — Staatliche und kommunale Arbeiten. — Das Privatkapital in der Baubranche. — Der „Arbeitsmarkt“.

Das Jahr 1900 geht so zu Ende, wie es die vorsichtigen Beobachter vorausgagelten haben, der Optimismus, der den Rückgang wieder einen Umschlag zum Besten führte, sich ankündigte, wagt sich überhaupt in der Öffentlichkeit nicht mehr hervor. Nirgends ist eine Spur von Erholung zu entdecken, dagegen haben sich die Zeichen des Fortschritts der Wirtschaftsbewegung beständig vermehrt. Aber wird der erzielte Tiefpunkt des Jahres 1900 auch der Tiefpunkt der Krisenperiode überhaupt sein?

Doch in sachkundigen Kapitalistenkreisen die Zweifel daran stärker sind als der Glaube, beweisen die Beschlüsse der maßgebenden Instanzen des Kohlenjurisdikts. Nachdem am 24. Oktober der Ratsherr sich für eine Verkürzung der „Michelpreise“ vom 1. April 1902 ab, ausgesprochen hatte, hat nunmehr am 19. Dezember auch die Generalerlasseitung dem Ratsherr zugestimmt. Die Förderer Einschränkung soll dabei, wie zuletzt, 20 vpt bleiben; indeß war die Furcht vor einer preisdrückenden Überproduktion offenkundig im Wachsen: die Höhe der Abgabe für Minderförderung (bzw. die Entlastung für Minderförderung) wurde für 1902 von 50 vpt auf 1 erhöht.

Aus dem Vorstandsbereich ergab sich ein fortgeschriebenes Wachsen des Nötaus zwischen Produktionsfähigkeiten (Beschaffung) und Förderung sowohl, als zwischen Förderung und Verkauf — das heißt mit anderen Worten: die beschlossene Förderer Einschränkung, die früher wesentlich nur auf dem Papier stand, wird immer mehr zur Thatsache, aber trotzdem nimmt der Absatz die Produktionsmengen immer steckender und widerwilliger auf.

Wir greifen aus dem Bericht die Gesamtziffern vom 1. Januar bis 30. November heraus. In dieser Periode wurde durch die Erweiterung der alten Betriebe und durch Eintritt neuer Gruben, die „Beschaffung“ (wie rechnerisch zu Grunde gelegte Produktionsfähigkeit) von 50 139 671 Tonnen im Jahre 1900 auf 62 488 784 Tonnen im Jahre 1901. Die wirkliche Förderung ging jedoch gleichzeitig zurück von 47 844 428 Tonnen auf 46 405 940 Tonnen. Die Förderung blieb also hinter der Produktionsfähigkeit zurück: 1900 um 4,58 vpt, 1901 sogar gegen bereits um 1,59 vpt, und zwar im Durchschnitt der elf Monate bis Ende November.

Das ist sicherlich schon ein für den Profi verängstigender Umwidmung, die zuletzt 9 verflossenen Monate stehen jedoch viel unter dem Durchschnitt. Der November 1901 hatte z. B. eine „Minderförderung“ von 125 vpt, der November 1900 dagegen sogar noch eine Überförderung, wenn auch nur in dem geringen Maße von 0,57 vpt. Auf den Arbeitstag berechnet, steht die rechnungsmäßige Beschaffungsziffer gegen November v. J. um 9567 To. = 5,40 vpt; die Förderung fiel dagegen am 14.918 To. = 8,04 vpt. Ehe jetzt wurden 4 140 816 To. = arbeitsmäßig 170 755 To. gegen November

zogenen Jahres in einer 15 425 To. = 8,28 vpt. Vergleicht man (vorschätzlich) pro Arbeitstag im November 1901 weniger als im November 1900: stehen 5,33 vpt, Kosten 21,61 vpt, Preisen 7,20 vpt, in allen drei Klassen 8,11 vpt.

Soziale Zahlen müssen den Hodumuth der Syndikatsfahne dämpfen und wenn ihre Radikalität bisher auch sehr ungewöhnlich war: vor Allem der Kohlenindustrie in feiner Weise genug vergangen. Die vorige Rundschau, so scheint sich doch eine weitere Verschärfung der Syndikatspolitik anzukündigen, wenn man eine Betrachtung der „Künftigen Zeitung“ anführt, welche die Künftige halten darf, so wäre eine solche Verteilung gegen die bisher ausfließenden Verbindlichkeiten vorzuhaben: „Köln Bla.“, sonst eine wahre Propaganda der Kapitalistischen Syndikale, holt sich ihren Artikel mit den Zügen: „So lange dieser Zustand andauert, wird auch die Angewesheit der wirtschaftlichen Gesamtlage dauern, und die Rohstoffzahlen werden sich darüber klar sein müssen, daß diejenigen Preisberechnungen, die noch vor Kurzem ausreichend und den Verhältnissen entsprechend befunden worden waren, später nicht mehr gelingen. Wenn aus diesen Vergängen, auch in denjenigen Kreisen, die legitime für das soziale Recht halten an dem alten Preis für Kohlen und Steaks einzutreten und die somit die Schulden für den augenblicklichen Lage in erster Linie trifft, die Lehre gezogen wird, daß in dem großen wirtschaftlichen Organisationen der Neuzeit die Macht in einem auf das Gemeinwohl (!) ebenfalls eine auswiegelnde Rolle spielen muß, so werden die jetzt begangenen Fehler wenigstens eine heilsame, erzieherische Wirkung ausüben und sich zu ähnlichen Lagen nicht mehr wiederholen.“ — Das Gemeinwohl wird den Syndikatsleuten wohl kaum besonders imponieren, aber die harte Sprache der ökonomischen Thatsachen, die zunehmende Spannung zwischen Produktionsfähigkeit, wirtschaftlicher Förderung und möglichem Absatz wird den Hodumuth zähmen.

Sehr in's Gewicht wird dabei fallen, daß allgemeine eine weitere Verkürzung der Mindererzeugung erwartet und zur Hebung der schweren Eisenindustrie sogar immer dringender verlangt wird.

Bisher scheint man hier noch manche Hoffnung auf eine Fortsetzung der Ausfuhr gesetzt zu haben. Doch diese Hoffnungen werden mehr und mehr zu Sünden, je stärker die Kreise ihrer Furcht auch im Ausland zieht, je stärker das Ausland infolgedessen seine Wege einschränkt oder selber seine Überläufe um seinen Preis nach außen abschafft. Trotz aller Ausfuhrunterstützungen häufen sich so die Vorräte an allen Enden. Der Verlust des Kohlenhandels (vom Ende Dezember), für das nächste Jahr die Ausfuhrvergütung für herarbeitetes Rüttelholz und Stäbchen nicht mehr zu gewähren, hat vielleicht mit einem Bericht auf die „Bergerische Ausfuhrpolitik“ nichts zu thun, man vermisst es, daß hier nur eine andere Theorie der Last zwischen Eisen- und Kohlenhandel und Haltzgangverband im Gange ist. Aber weiter hat sich das Kohlenhandelsrat entschließen müssen, seine Feste offiziell für Rüttelholz und Stäbchen von 90 auf 60 und von 92 auf 62 Mark für das nächste Jahr herabzulegen. Die (bislang) Mindererzeugung erschöpft durchaus unzureichend, um eine einnehmende Besserung in der Marktlage herbeizuführen.

Trotzdem zeigen die vor einigen Tagen veröffentlichten statistischen Ermittlungen des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie“ bereits ein ganz anderes Bild als im Vorjahr. Im Monat November 1901 belief sich darnach die Roheisenproduktion des deutschen Reichs (einfachlich Luxemburg) auf 827 356 Tonnen; darunter Rüttelholz und Spiegelisen 190 686 Tonnen, Bessemerrohren 32 737 Tonnen, Chromasrohren 368 872 Tonnen, Stahlrohren 125 061 Tonnen. Die Produktion im Oktober 1901 betrug 645 127 Tonnen, im November 1900 710 018 Tonnen. Am 1. Januar bis 30. November 1901 wurden produziert 7 144 842 Tonnen gegen 7 702 052 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die Produktion hat somit gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Rückgang um 17 771 Tonnen oder um 23 vpt. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs beträgt der Rückgang 82 662 Tonnen oder **11,65 vpt**. Und für die ersten elf Monate dieses Jahres 557 710 Tonnen oder **7,1 vpt**. Das ist an sich von recht beträchtlich, indeß hat es bei Weitem nicht ausgereicht, den Abgrund zwischen Erzeugung und Absatz zu schließen.

Derselbe Widerbruch hat im Anfang Dezember auch zu einem vollständigen Zusammenbruch des Kupfermarktes geführt. Es ist bekannt, wie das relativ kleine, örtlich konzentrierte Vorkommen des Kupfers immer wieder wuchernde Minngesetzungen auslöst. Erst in späteren Tagen versuchte er, auch die Gegenwart zu fördern, z. B. in seinem Roman: „Punkt und Komma“ (1849), aber verriet, wie fern ihm das Verständnis der modernen Zeit lag.

Die Literaturgeschichte rühmt ihn als „einen der gewandtesten und lebendigsten Erzähler, welche Deutschland jemals besessen hat“ — aber er stand und blieb sein Leben lang im Paralle der Romantik, bis er am 12. Juli 1855 in Bad Freiberg im Schwarzwald starb.

Wie ganz anders Gorke! Das unerbittliche, unabänderliche soziale Verhängnis der bürgerlichen Birthschaftsgesellschaft hatte ihn zum Protestant gestempelt und hielt ihn mit ungerechtfertigten Ketten in der Armut im Elend fest. Fünf Monate nur konnte er beim Großvater die Schule besuchen; dessen Wanserkost warf den betrockneten Knaben erwerlos auf die Straße: schon mit neun Jahren muß er als Dausbürlauf sein Brot verdienen, verbüßt sich die Hände, wird fortgeschickt und nun beginnt sein Wanderleben durch ganz Rußland als Gelegenheitsarbeiter. Heute da, morgen

erledigt hat. Die Ausfertigung von 1887/88 mit den daran sich anschließenden eregten Auseinandersetzungen (vor Allem in den transalpinen Raumkreisen) wird manchem Leser noch im Gedächtniß sein. Diesmal erleichterte die rapid steigende industrielle Nachfrage — man denkt nur an den Bedarf der blühenden Elektrotechnikindustrie — die Preissteigerung noch ganz ausnahmsweise. An der Spitze stand eine amerikanische Clique, die einen starken Rückhalt an den unberührlichen Metallfeldern hatte. Die Vorzüglichkeit in Europa wurde zunächst so niedrig gehalten, daß die Verbraucher nur in der Hand in den Mund lebten; zeitgleich flossen nun zwar beträchtliche Mengen des Metalls von Europa nach Amerika und in die Schlagschlüsse des Rings zielten. So waren nach der „Bosi-Bla.“ im Jahre 1899 9898 Tonnen, im Jahre 1900 4699 Tonnen, 1901 bisher 8971 Tonnen Standardschäfer aus den Lagerhäusern von Liverpool Swanson nach Amerika verladen.

Vorziehen lassen sich natürlich sehr leicht solche Verhältnisse und sogar noch weiter vermehren, so lange die Preissteigerung anzuhalten scheint; jeder eingelagertenonne wächst mit jeder Woche nur noch ein Stück Wert zu. Umgekehrt jedoch bei rückläufiger Konjunktur: mit jeder Woche wächst der Verlust an jeder Mengeneinheit. Der Krach in der Elektrotechnikindustrie, der jäh Absturz in der Nachfrage nach Kupfer (vor Allem auch seitens Deutschlands) hätte mir durch eine Maßnahme parat werden können: durch eine allgemeine internationale Produktionsverminderung, für welche die Amalgamated Copper Company jedoch nicht die genügenden Bundesgenossen fand. Selbst in Amerika gab es Minengruppen, denen die Vergeschenheiten des Rings nur willkommen waren und die auch durch Drohungen mit Schleuderbäumen nicht mehr zu kriegen waren. Die europäischen Minengesellschaften wünschten vollends Abkommen, bei dem lediglich der Ring keine großen Vorräte zu annehmbaren Preisen hätte abschöpfen können. Die Rio Tinto Mine (Spanien), die anfangs als Bundesgenossen des Rings hingestellt wurde, hat in sehr bestimmter Weise das Beitreten irgend welchen Verbunds abgelehnt; aus Spanien und Portugal sind in der That im Oktober die bisher größten Monatsmengen an den Markt gelangt. So sunt der Londoner Kupferpreis rückt, am 4. Dezember hatte er bereits den niedrigsten Stand seit 1898 (54 £ 17 sh 6 d) erreicht. Am 19. Dezember notierte das Kupfer in London 49 1/2 £.

Ganz unbedeutend wäre es nicht, daß der Ring durch vorübergehendes Preissteigen die „Aushenreiter“ zur Unterwerfung und zum Angluß zwingen wollte. Indes scheint die ganze Marktlage dieser Brummsucht zu widerstreiten. Bei den jüngsten Abnahmeverträgen wird die Jahreserzeugung auf 45 000 Tonnen geschätzt. Grund genug, um unter Hinzuftir anfahrenden Vorziehen aus der Vergangenheit den Maß vollständig zu trennen.

Dagegen bestätigt die soeben vom Germanischen Bund gesetzte Notricht über die Beschäftigung der Schiffsbaufirmen, dass in der letzten Rundschau gegebene gütig ist. Bei der notwendigen Vorausberechnung aus langer Perspektiv hat das Daniederlegen des Schiffstradingshäfts noch keinerlei Wirkung auf den Schiffsbau ausüben können.

Nach den Listen des Germanischen Bund wurden in den letzten drei Jahren für deutsche Rechnung auf den Werten des In- und Auslands gebaut:

1899	729421 Brutto-Megatons,
1900	763284
1901	840408

In diesen Zahlen sind die auf deutlichen Privatwerften im Bau befindlichen Kriegsschiffe mit einbezogen. Die bei Weltmarkt größere Tonnenzahl fällt natürlich auf Dampfschiffe, nämlich: 1899 682683 Brutto-Megatons, 1900 700848, 1901 761717

Von diesen Dampfschiffen sind Kaufahrtsschiffe, welche als Schiffe in den Schiffsregister eingetragen sind:

1899	543368 Brutto-Megatons,
1900	584493
1901	623984

Nur ungefähr die Hälfte der im Jahre 1901 im Bau befindlichen Schiffe ist bereit an die Werftabteile abgeliefert worden. An der Fertigstellung der anderen Hälfte wird noch gearbeitet.

Die deutschen Schiffsbauwerften gehen mit folgenden Aufträgen in das neue Jahr hinein:

mit 142 Dampfern, deren Tonnenzahl zu schätzen ist auf

317 080 Brutto-Tons,

mit 94 Segelschiffen, deren Tonnenzahl zu schätzen ist auf

30 190 Brutto-Tons.

dort, heute Zeichner, Maler, Studienjunge auf einem Wolgabambard, morgen Tagelöhner bei einem Gärtner, Bäder, übermorgens Bahnwärter, Radträger, Holzhändler; dann wieder auf eigene Faust Händler — Obsthändler, Fleischhändler, Kleinhändler. Da und dort fand er unter seinen Leidgenossen einen, der die Lust am Lesen in ihm entdeckte, sein Bücher liebt. Der Wissensdrang erwachte in ihm; er jüngte und fand Gelegenheit, mehr zu lernen — von Studenten, mit denen er zusammentraf, bei einem Abolaten, dem er Schreibbedienst leistete und der ihn weiterhelfen wollte —, aber der Bagdadungeiste, der ungestüme Freiheitstrieb trieb ihn immer wieder hinaus, in das Elend, zu den Ausgestoßenen, aber auch in die „Fazit“. Und was sein Auge sah und was sein Herz erfüllte: er schilderte es nun. Und als er erste Gelegenheit gefunden hatte, seine Aufsätze bei Zeitungen loszubringen, da entwidete der „Bagabund“ eine nicht verlegbare Frechheitheit. Eine ganz neue Welt schilderte er, die Welt der Ausgestoßenen und Entzweiteten, ihren Fluch und ihr Sehnen, mit einer Schärfe, Harshheit und Unerbittlichkeit — wie sie sie nur ein Dichter schildern kann, der all das Elend, die Schmach, den Zorn und die Schamkeit der Ausgestoßenen der modernen Zeit lag.

Die Literaturgeschichte rühmt ihn als „einen der gewandtesten und lebendigsten Erzähler, welche Deutschland jemals besessen hat“ — aber er stand und blieb sein Leben lang im Paralle der Romantik, bis er am 12. Juli 1855 in Bad Freiberg im Schwarzwald starb.

Wie ganz anders Gorke! Das unerbittliche, unabänderliche soziale Verhängnis der bürgerlichen Birthschaftsgesellschaft hatte ihn zum Protestant gestempelt und hielt ihn mit ungerechtfertigten Ketten in der Armut im Elend fest. Fünf Monate nur konnte er beim Großvater die Schule besuchen; dessen Wanserkost warf den betrockneten Knaben erwerlos auf die Straße: schon mit neun Jahren muß er als Dausbürlauf sein Brot verdienen, verbüßt sich die Hände, wird fortgeschickt und nun beginnt sein Wanderleben durch ganz Rußland als Gelegenheitsarbeiter. Heute da, morgen

Dichter und Drogabunden.

Der neue Jahrgang der „Freien Stunde“ (Illustrirt Romanbibliothek in Wochenheften von 10 S., Verlag der Buchhandlung Borsig & Co., Berlin) bringt die Werke zweier Dichter, die zeitlich fast dreihundert Jahre voneinander getrennt sind. Und eine Welt von Gegensätzen trennt die beiden auch in der Auffassung über den Zweck des Romans und zwei verschiedene Welten sind es auch, die sie in ihren Romanen schildern. In diesem Gegensatz enthüllt sich der ganze Kulturfördertritt und die ganze Klasseneinteilung der bürgerlichen Gesellschaft, welche das letzte halbe Jahrhundert in sich schließt!

Beide Dichter waren „Drogabunden“, „Landstreicher“! Den Deutschen waren die politischen Zustände, den Russen die sozialen auf die Landstädte. Über mit welch anderen Augen sah der Deutsche Spindler zu Anfang des Jahrhunderts die Welt, die Menschen, die Verhältnisse an, als der Russ Gorke zu Ende des Jahrhunderts hat? Den politischen und sozialen Zuständen seines Vaterlandes, welche die denkbare traurigsten, schändlichsten, erbärmlichsten waren, die man nur erinnern konnte, stand Spindler theilnahmslos und verständnislos gegenüber: Er zog leichten Herzens, leichtem Sinnes als Modian von Truppe zu Truppe, von Stadt zu Stadt, sein Dichterherz und Dichtergeist schwelgten in der Romantik, er sah und schaute nur Phantasiegestalten, leichte, lustige Gebilde voll Sonnenchein, düstere, schwärzliche Phantastische Gestalten voll Nacht und Bosheit!

Spindler ist geboren am 16. Oktober 1790 zu Dresden, wo sein Vater Organist am Dom war. Seine Jugendjahre verlebte er in Straßburg, entzog sich dort dem französischen Militärdienst durch die Flucht

Geboren am 26. März 1809 steht er heute in der Blüthe seiner Jahre, und so viel er auch schon geschaffen hat, das Beste und Größte ist noch zu erhoffen.

Die deutschen Schiffbauwerften sind nicht im Stande gewesen, den deutschen Verlust zu decken, denn es waren auf ausländische Werften für deutsche Deckung in Auftrag gegeben:

1899	13'736 Brutto-Registertons.
1900	14'9690 dsgl.
1901	20'4135 dsgl.

Dagegen haben deutsche Werften für das Ausland in Auftrag gehabt:

1899	88078 Brutto-Registertons,
1900	88523 dsgl.
1901	78666 dsgl.

Dagegen halte man die Börsenbewertung der beiden größten deutschen Reedereien:

Hamburger Packfahrt...	131	107,75
Norddeutscher Lloyd	118,50	104,25

Mit der Zeit muß jedoch auch der Rückslag auf den Schiffsbau eintreten.

Nur langsam und zögernd entfalten sich Reich, Staat und Gemeinde zur rascheren und umfassenderen Ausführung ihrer projizierten Neubauten, Umgestaltungen und sonstigen Anlagen, obwohl es von Standpunkte der öffentlichen finanziellen Interessen gänzlich zweckmäßiger geben kann; man kann mit wesentlich niedrigeren Produktionskosten auskommen und spart zudem die kommunalen Arbeitsmobilisierung vor dem Ansturm der Arbeitslosigkeit. Aber der bureauratistische Bopf, die gefilzte Unbeweglichkeit der meisten Verwaltungen, die mangelnde Sympathie für die mißachtete und mißliche Arbeitersklasse, die einseitige Zusammenlegung der entstehenden Initiativen leisten den immer entscheidenderen und allgemeiner erhobenen Forderungen der Arbeiter und ihrer Organisationen einen zähen, schwer überwindbaren Widerstand. In der Verlierer-Subsistenztreiberei vermischt der freisinnige Magistratsvertreter noch immer den "Deweis" eines weit verbreiteten Notstandes. Und wenn demnächst im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation über den Notstand zur Erörterung stehen wird, so wird man auf bürgerlicher Seite wahrscheinlich ebenfalls triumphirend auf eine Anzahl von Arbeitern hinweisen, die noch nicht am Hungern sind.

Indes scheint sich auch manche Wendung zum Besseren zu zeigen. Die Staatsbahnenverwaltungen — gerade auch der finanziell bedrängten Mittelstaaten — schneien ein Haar darin gefunden zu haben, alle Bauten und Befestigungen in die spätere Jahre der Hause zusammenzutragen. Die Gemeinden sind lange Zeit vor Anleihen zurückgeblieben, weil die festverzinslichen Werke unter der Konkurrenz der Industrieaktionen und der selten Industriebürokratien litten und nur zu sehr niedrigem Kurs an den Mann zu bringen waren. Das Alles hat sich geändert: das Publikum — sowohl es noch über Geld zur Anlage verfügt, sieht die „spekulativen Werke“ wie die Pest und sucht den sichereren Hafen der öffentlichen Anleihen, mit Vorliebe wieder auf. Der Binsfahrt ist allgemein herabgegangen, so daß man ein St. oder Brozengesetz Deutensparier heute wesentlich anders zu schätzen weiß. Es ist also die denkbare günstigste Zeit, durch Kapitalabschöpfung auf dem Anleiheweg größere öffentliche Arbeiten auszuführen.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigt, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über die Haltung des Privatkapitals in der Bauwirtschaft bringt der bereits erschienene Jahresbericht des Vereins Berliner Gründlers und Hypothekenmakler einige sehr interessante Hinweise.

Darnach sind die verheerenden Folgen des Pfandbriefstracks allmählig in der zweiten Hälfte von 1901 überwunden worden. Die Pfandbriefbewertung hat sich nach der ersten Panik wieder erholt. Die Hypothekenbanken sind durch die Wiedererholung ihrer Pfandbriefkurse von einem Aufbruch befreit und können günstigere Bedingungen stellen. Das Baugeldegeschäft ist wieder in Gang gekommen, wenn man erläuterterweise auch große Vorsicht und Strenge bezüglich der Solvenz der Bauherren obhalten läßt. Auch kleine Rentner, die früher an der Worte ihr Glück verloren, sollen sich stärker dem Gewerbe von Gründluden und Neubauten zugewendet haben.

So weit wäre also eine gewisse Besserung festzustellen und einzelne Erfahrungen der beteiligten Arbeitergruppen sprechen auch dafür. Auf der anderen Seite stehen jedoch zwei widerstrebende Tatsachen: die starke Einschränkung des Börsenganges aufgrund, vor allem seitens der wirtschaftlich bedrängten Arbeitermassen, und weiter die vollständige Stockung in den Fabrikbauten, die in den Jahren des Aufschwunges gewißlich in die Waagschale fielen. Selbst wo der Fabrikantennehmer noch hauptsächlich gelebt hat, ziehen sich die Bauten und sonstige Gebäude schamlos von der Leitung zurück; ungemein

schwierig gestaltet sich die Unterbringung von reinen Industriehypothesen".

Die „Arbeitsmarkt-Kor.“ schreibt über die Lage des Arbeitsmarktes im Monat November:

„Die fortgesetzte Knappheit an Beschäftigung hat im November in den öffentlichen Arbeitsmarktmitteln Deutschlands die Zahl der Arbeitssuchenden noch weit über die hohe Ziffer des Oktober hinaus, wo auf einer offenen Stelle doch auch schon zwei Bewerber kamen, vermehrt. Auf 100 offene Stellen kamen im November 228,9 Arbeitssuchende. Im November vorherigen Jahres war die Vergleichsziffer 189,3. Gegenüber dem Vorjahr ist an den Arbeitsmarktmitteln, soweit sie an die Berichterstattung des Arbeitsmarkts angegeschlossen sind, die Zahl der offenen Stellen um 2277 gefallen, die der Arbeitssuchenden dagegen um 12447 gestiegen. Wenngleich sich in diesen Zahlen auch nicht etwa das wirkliche Verhältnis am „offenen Markt“ ausdrückt, sondern nur die gestiegene Intensität des Suchens nach Arbeit, so ist doch auch diese ein Zeichen für die Lage des städtischen und insbesondere des großstädtischen Arbeitsmarktes. Die Zahl der Beschäftigten nach den Mitgliedslisten der Räte an Land rätselhaft ging im Laufe des Monats um ein volles Prozent zurück, während sie in dem entsprechenden Monat des Vorjahrs auf unveränderter Höhe erhalten hatte. Besonders stark war die Abnahme der Beschäftigten in Stuttgart (— 2,5 %), München (— 6,6 %), Mannheim (— 4,6 %).

Auch die Berichterstattung des englischen Arbeitsamtes — wohl die zuverlässigste Berichterstattung überhaupt — berichtet für den Monat November ein Abwinkenlassen im Maschinen- und Schiffbau und in den Bauhandwerken. In den beobachteten 142 Branche-Unionen mit 545 882 Mitgliedern liegt die Zahl der Unbeschäftigen zwischen Ende Oktober und November vor 3,7 auf 3,8 p.p. (gegen 3,2 p.p. im November des Vorjahrs), also den 188 Unionen mit 589 175 Mitgliedern Mitteilungen einfannten.“

Berlin, 28. Dezbr. 1901.

Mit der Zeit muß jedoch auch der Rückslag auf den Schiffsbau eintreten.

* * *

Nur langsam und zögernd entfalten sich Reich, Staat und Gemeinde zur rascheren und umfassenderen Ausführung ihrer projizierten Neubauten, Umgestaltungen und sonstigen Anlagen, obwohl es von Standpunkte der öffentlichen finanziellen Interessen gänzlich zweckmäßiger geben kann; man kann mit wesentlich niedrigeren Produktionskosten auskommen und spart zudem die kommunalen Arbeitsmobilisierung vor dem Ansturm der Arbeitslosigkeit. Aber der bureauratistische Bopf, die gefilzte Unbeweglichkeit der meisten Verwaltungen, die mangelnde Sympathie für die mißachtete und mißliche Arbeitersklasse, die einseitige Zusammenlegung der entstehenden Initiativen leisten den immer entscheidenderen und allgemeiner erhobenen Forderungen der Arbeiter und ihrer Organisationen einen zähen, schwer überwindbaren Widerstand. In der Verlierer-Subsistenztreiberei vermischt der freisinnige Magistratsvertreter noch immer den „Deweis“ eines weit verbreiteten Notstandes. Und wenn demnächst im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation über den Notstand zur Erörterung stehen wird, so wird man auf bürgerlicher Seite wahrscheinlich ebenfalls triumphirend auf eine Anzahl von Arbeitern hinweisen, die noch nicht am Hungern sind.“

Indes scheint sich auch manche Wendung zum Besseren zu zeigen. Die Staatsbahnenverwaltungen — gerade auch der finanziell bedrängten Mittelstaaten — schneien ein Haar darin gefunden zu haben, alle Bauten und Befestigungen in die spätere Jahre der Hause zusammenzutragen. Die Gemeinden sind lange Zeit vor Anleihen zurückgeblieben, weil die festverzinslichen Werke unter der Konkurrenz der Industrieaktionen und der selten Industriebürokratien litten und nur zu sehr niedrigem Kurs an den Mann zu bringen waren. Das Alles hat sich geändert: das Publikum — sowohl es noch über Geld zur Anlage verfügt, sieht die „spekulativen Werke“ wie die Pest und sucht den sichereren Hafen der öffentlichen Anleihen, mit Vorliebe wieder auf. Der Binsfahrt ist allgemein herabgegangen, so daß man ein St. oder Brozengesetz Deutensparier heute wesentlich anders zu schätzen weiß. Es ist also die denkbare günstigste Zeit, durch Kapitalabschöpfung auf dem Anleiheweg größere öffentliche Arbeiten auszuführen.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der Städte und Städtegemeinden nicht mehr hinausgeschoben werden können oder sollen, schon deshalb, weil der Preisdruck großer industrieloser Erzeugnisse deren Beschaffung gegenwärtig vorbehaltlos erscheinen läßt. Für die Begehung solider Anlagenwerke ist aber die Konstellation des Geldmarktes z. Vortheilsreicher als seit vielen Jahren. Eine Hochstift kommunaler Anteilen im kommenden Frühjahr in dem Maße keineswegs ausgeschlossen.“ So die „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Scharfmacherorgan, das sonst nicht genug wegen des Übergreifens der kommunalen Tätigkeit in dem Bereich des Privatkapitals gestern konnte, daß jedoch mit einem Male munizipal-sozialistische Anwendungen zeigen, seitdem das Privatkapital allzu eingeschränkt und kriselig ist, um den Hintermännern des Staates bald große Befestigungen zuversprechen zu können. Forderbar doch das Scharfmacherorgan die Gemeinden sogar zu energetischem Wohnungsbau und zur Förderung von Baugenossenschaften auf — was den Grundstücks- und Häusermonopolen bestimmt als Untergrabung der bestehenden Gewerbesordnung erscheint.

Über den Umsfang, in dem das Reich und Preußen in nächster Zeit den Geldmarkt für sich in Anspruch zu nehmen gedenken, ist bis heute noch nichts Sichereres bekannt, obwohl die Zeitungen schon lange mit Prognosen darüber erfüllt sind. Dagegen scheint man in vielen Gemeinden zu Anleihen entschlossen. Der Reichsanzeiger veröffentlicht neuerdings wieder recht häufig städtischen Gemeinden für neue Anleihen erhebliche königliche Privilegien, bei denen es sich zum Theil um recht bedeutende Beträge handelt. Dank der Mahnungen des Finanzministers haben die Kommunen in den letzten Jahren ihren Anleihebedarf nach Möglichkeit eingeschränkt; es scheint, daß nunmehr die als dringlich angesehenen Erfordernisse der

vor. Daraus geht zur Kenntnis, welchen Weg wir zu gehen haben. Ich mit der Sozialdemokratie allein die einzige wahre Vertretung der Arbeiterschaft ist, diese grundfugigen Ideen, hier sicher maßgebend gewesen und sind bis jetzt noch maßgebend für den Verband. Was nun die volle Selbstständigkeit in den einzelnen Vereinen anbetrifft, die kann es bei einer Zentralisierung nicht geben, sonst in diese entgegen. Auch in den Vereinen müssen Zentralisation wahr gegeben werden, verdeckte Bestimmungen und Verpflichtungen anzunehmen, wodurch die Arbeiterschaft der Einzelnen zum großen Teil ausgegrenzt werden ist. Es ist aber auch durch die Zentralisierung die Lage des Arbeiters im ganzen Lande am besten zu beobachten. Beitragsleistung zur Organisation, müssen wir einen gewissen Vertrag schließen, ohne einen gerechten Abrechnungsvertrag auf die Lauer keine Organisation ausstehen. Die Bestimmungen über die Streitverhältnisse haben in ähnlicher Form schon vor Gründung des Mäuererbands bestanden. Die Kontrolle muss einen Überblick haben über Alles, was noth tut zur guten Durchführung der Verteilung. In der Folgezeit wird viele Organisationenarbeit bei uns von den Gauvororten geleistet werden.

In der Nachmittagsitzung wurde der Bericht zur Diskussion gestellt. Herr Werner redete: Es muss zugegeben werden, dass der Verband gut organisiert ist. Bei uns in Wernigerode war es neulich der Verband, welcher immer in den vordersten Reihen in der politischen Bewegung stand. Redner hat bei den Sommerfesten die Erfahrung gemacht, dass diejenigen in den einzelnen Lokalstellen in ihrer Bewegungsfähigkeit schwächer sind. Weiter bemerkte Redner, dass die Arbeiterschaft in Wernigerode ein eigenes Heim hat, welches bestreitend von den Mäuerern unterhalten wird, er würde zu wissen, ob sie dieses auch dienten, wenn sie im Verband waren. Im Jahre 1890 hatten sie kein Geld von Homburg bekommen; als sie streiten wollten, und darüber sei man heute noch erstaunt. - Wernigerode steht fest, dass im Jahre 1890 die Hamburger-Mauer gestrandet, kostete M. 122 000, davon hat die damalige Geschäftsführung nur M. 32 000 angebracht. Diese Summe war aber im Jahre 1890 von Hamburg an die Geschäftsführung abgeführt. In Ganzem hatte diese Geschäftsführung nur eine Einnahme von M. 93 000 zu verzeichnen, damit konnte nicht viel ausgerichtet werden. Beschilderte Orte, die nie Geld abgeschüttet hatten, verlangten von der Geschäftsführung materielle Unterstützung, wohin das Geld genommen werden sollte, kam für diese Orte nicht in Betracht. Befreite und eigene Freunde erklärte Wernigerode, er allein könne keine bestimmt Fazit machen, es wurden jedoch aber wohl Wege finden lassen, um dieses zu regeln.

Obermeier bringt folgende Resolution ein: "In Erwägung, dass eine Arbeitersorganisation, deren Aufgabe es ist, im Kampfe gegen das Kapital die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, möglichst alle Arbeiter in sich vereinen muss, in weiterer Erwähnung, dass die prinzipiellen Gegensätze, welche bisher noch hemmend zwischen den Organisationen der Mäuerer vorhanden waren, beseitigt sind — und in fernerer Erwähnung, dass durch die Vergabungen der beiden bestehenden Mäuererorganisationen keiner Einspruch erlaubt wurde, beschließt die heutige Konferenz: Alle anwesenden Delegierten verpflichten sich, möglichst eingehend in den Versammlungen ihrer Organisation darüber zu diskutieren, ob es zweckmäßig sei, sich dem Zentralverband der Deutschen Mauer anzuschließen." Obermeier ersucht die Delegierten, diese Resolution möglichst einstimmig anzunehmen. Nicht erklärt, dass Buchhorn zu ihm gesagt habe; gerade durch die zwei Organisationen sei der Zweckverein erst so stark geworden. Am Weiteren meint Redner, wurden die Wernigeroder vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen. Hahn-Blankenburg müsste eine Eingang, ein Drittel der dortigen Zweckvereinskollegen sieht auf dem Standpunkt, sich zu vereinigen. Die anderen zwei Drittel sind aber noch ganz entschieden gegen. Kater: Damit es nicht der Endpunkt erweckt, als seien wir feige, möchte ich in Bezug auf die Konferenz noch einige Worte äußern. Ich will nicht auf die Tagesordnung eingehen, sonst würde ich die Konferenz als zu leicht bestehend ansehen. Ich muss den Delegierten, welche nicht zu Braunschweig gehören, noch einmal raten, sich hier nicht ohne Weiteres einzulegen. Wenn man hier Werth legt, auf meine früheren Äußerungen betreffend grundsätzliche Trennungspunkte zwischen den beiden Organisationen, so muss ich sagen: in der Arbeitersbewegung treten der wirtschaftliche Grundtag eigentlich Niemanden, weil alle Organisationen, selbst die direktesten vorgeben: für die Verbesserung der Lage der Arbeiter einzutreten. Ich habe damals in Braunschweig nicht gesagt, ich sei gegen den Mäuererband, sondern gegen das System der Verbände im Allgemeinen, weil dieses mehr oder weniger für die Verbesserung führt. Das hierin der Mäuererband eine Ausnahme macht, ist durchaus nicht zu verlernen. Im Weiteren befürchtet Redner das Emporkommen des Kollegen Kehl, welcher es verstanden habe, trotz seiner Zweckvereintheit, das Vertrauen der Berliner Lokalorganisationen kollegen zu eringen. Er, Redner, müsse nochmals betonen, dass das Vergehen der Braunschweiger falsch sei, man hätte die Gesellschaftskommission gewinnen müssen, hierzu eine Konferenz einzuberufen. Dann kommt Redner nochmals auf die angeblichen Gegensätze zu sprechen. Seinerzeit habe ein Vertreter des Verbands aus Hannover erklärt, nicht auf politischem Gebiete zu arbeiten, sondern ganz neutral zu sein. Das Kollege Wönelius auf einem anderen Standpunkt steht, gibt er zu, da er diesen seit Jahren als einen tüchtigen Genossen kennt. Die Vertrauensmänner-Zentralisation verurteilt gerade. Das, was die anderen Gewerkschaften heute großziehen. Selbst in der "Vorwärts-Zeitung" in Nr. 94, dem Organ des Ostel-Felsch, freut man sich, dass der Einfluss der Lokalisten immer geringer würde und dass auch Kater jetzt wieder zu Hamm und Kelle greifen müsste. Wenn er auch zugeben müsste, dass er in vielen Punkten mit Wönelius übereinstimme, so könnte er doch nicht alles unterscheiden. Er zitiert aus der letzten Nummer des "Grundstein" einige Schlüsse eines Artikels, bestellt: "Unterstand und Hah usw. Solche Schreibweise können ganz gewiss nicht zur Sichtung und Eingang in der Arbeitersbewegung beitragen. (Ach, Ihr Unschuldslämmer. Die Red. d. Edst.) Redner wünscht den Braunschweigern viel Glück und es solle ihn freuen, wenn man diesen Schritt nicht später vielleicht noch einmal betreuen müsste. Die Braunschweiger

Organisation habe erst viel Mühe geleistet, ehe sie so weit gekommen sei. Wenn sie uns verlässt, schmerzt es mich nicht, sondern auch eine ganze Reihe anderer Kollegen. Wernigerode erhält auf eine Anfrage: Mehrere kleine Lokalstellen kommen hierbei auch nicht zu kurz. Am Weiteren bemerkte Redner gegen Kater und bemerkte ihm, dass der Verband allerdings dafür seine Verantwortung übernommen leine, wenn nicht alle Mitglieder auch überzeugte Sozialdemokraten seien. Auch die Lokalisten würden wohl nicht den Anspruch ergeben können, alle für aussereide Sozialdemokraten zu gelten. Wenn wir von grundsätzlichen Ausschließungen in der Arbeitersbewegung sprechen, so ist Kater, wenn er meint, dass uns auch von den "Christlichen" nichts trenne. Während wir die Befreiung der Menschheit aus Elend und Knechtschaft durch Befreiung des Privat Eigentums und durch Vergesellschaftung aller Produktionsmittel erhoffen, treten diese grade für Erhaltung des Privat Eigentums und für die Vorrechte der herrschenden Klassen ein. Am Weiteren stellt Redner fest, dass Kater damals in Braunschweig gefangen hat; prinzipiell Gegenseite sind zwischen beiden Organisationen nicht mehr vorhanden. Auch sei es eine Ausrede, wenn man jetzt sagt: ja der Mäuererband ist ausgeschlossen von der Versammlung, aber die anderen Verbände führen dahin. Hier haben wir es doch nur mit dem Mäuererband zu tun. Wenn Kater hier behauptet, dass nicht die Form, sondern die Tendenz es bedingt, dass die Verbände zur Versammlung führen, so weißt er, Redner, darauf hin, dass Kater gerade jetzt die beste Gelegenheit hat, den Verband vor der Versammlung zu bewahren, indem er und seine noch fernstehenden Genossen, Mitglieder werden. Auch wird es von Legionen immer gesagt, wenn bei den Lokalisten der gute Wille vorhanden ist, so können wir zusammen kommen.

Peters: Kollege Kater hat von einem System gesprochen, welches uns vom Verbande trennt. Ich will ein System in unserer Organisation bekräftigen. Wir ziehen durch unser Geh fortwährend keine Gewerkschaften heran. Sie treten in Aktion, ist ihre Action beendet, so zeigen sie uns mit Entfernung von Schulden kommen lassen. Es wurde deshalb eine Untersuchung eingeleitet und diese hat die vollständige Grundlosigkeit des von Stoltz verbreiteten Gerichts ergeben. Die Versammlung beschloss deshalb, eine diesbezügliche Erklärung im "Grundstein" zu veröffentlichen. Beim Punkt "Lohnfrage" wurde in Münsingen auf den Anspruch, dass die Mäuerer und Zimmerer einen gemeinschaftlichen Lohntarif haben, bestlossen, am 10. Januar eine Handwerkerversammlung einzurichten zu lassen, in welcher dann in Gemeinschaft mit den Zimmerern die Lohnfrage erledigt werden soll. Unter "Beschiedenes" wurde das Resultat der vom November 1901 bis Ende Oktober 1901 aufgenommenen Statistik bekannt gegeben. Von den circa 50 aufgegebenen Fragebögen waren 55 beantwortet worden, wobei einer jedoch als ungültig ausgeschlossen wurde. Nach den gemachten Aufzeichnungen hatten die nachstehenden 34 Kollegen zusammen 13 400½ Tage oder 119 942 Stunden gearbeitet. Daraon entfallen auf am Orte beschäftigte Kollegen 96 50½ Stunden und auf auswärts arbeitende Kollegen 23 440½ Stunden. Die durchschnittlich auf einen Kollegen entfallende Zahl der Arbeitsstunden beträgt 2221. Die niedrigste Zahlenzahl betrug 863, die höchste 2651. Die Differenz also 971 Stunden. Die Zahl der auswärts beschäftigten Kollegen betrug durchschnittlich zehn. Im Orte selbst sind einschließlich der Nichtarbeiter durchschnittlich 30 beschäftigt. Hätten die Unternehmer die seinerzeit gestellte Forderung auf Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde erlaubt, so wären pro Tag 45 Stunden frei geworden, welche die Einstellung von fünf weiteren Kollegen erforderlich gemacht hätten. Aber so human sind die Herren Unternehmer nicht, sie denken nur daran, wie sie sich am leichtesten die Taschen füllen. In Lohn verdienten die 64 Kollegen M. 57 790,25. Da aber die zehn auswärts arbeitenden Kollegen insgesamt von M. 451,50 loslosten, hatten die von dem Gesamtlohn in Abzug zu bringen und so verbleiben als reiner Verdienst M. 57 309,78 oder ein Durchschnittseinkommen von M. 1061,27. Das Einkommen zwischen 700 und 1240,11. Ein Einkommen von M. 700 bis M. 750 hatten drei, von M. 750 bis M. 800 und von M. 800 bis M. 850 je einer, von M. 850 bis M. 900 zwei, von M. 900 bis M. 950 vier, von M. 950 bis M. 1000 vier, von M. 1000 bis M. 1050 vier, von M. 1050 bis M. 1100 sechs, von M. 1100 bis M. 1150 zehn, von M. 1150 bis M. 1200 elf und darüber acht Kollegen. Die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommen beträgt M. 539,37. Gestiftet wurden von den Kollegen wegen Krankheit 15 572 Stunden, wegen schlechter Witterung 9 059½ Stunden, wegen Arbeitsmangels 12 665½ Stunden, zusammen 23 882 Stunden. Den Kollegen gingen also verloren, rechnet man den Durchschnittslohn bei den bestehenden Stundenlöhnen vor 45 und 48 zu 46½, M. 10 905,88. Ein ganz nettes Stimmchen! Die Abrechnung steht uns nicht vollständig zu Seite. Zu dem Gesamteinkommen der Kollegen muss u. G. das für die Krankheitsstage, gezahlte Krankenunterstützungsgeld hinzugerechnet und von der verloren gegangenen Summe in Abrechnung gebracht werden. Die Gedanken! An Nebenverdienst waren M. 18,93 verzeichnet.

Am Sonntag, den 29. Dezember, tagte in Bielefeld eine am 28. Dezember in Deutsch-Wülfelkwick eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Als erster Punkt wurde die diesjährige Lohnforderung besprochen und beschlossen, den Unternehmern den ausgeschafften Lohntarif zuzuerufen. Gefordert wird im Tarif eine Lohnzulage von M. 4 pro Stunde (28½), bessere Buden und Aborte und da, wie die Kollegen über Nacht bleiben müssen, soll der Unternehmer für Nachtlager und Kochgelegenheit sorgen. Die leichte Forderung ist eigentlich selbstverständlich; es muss aber konstatiiert werden, dass in diesem ökonomischen "Eborab", die Mäuerer u. G. nach vollbrachtem Tagewerk ihre müden Arbeiten auf dem Sattel und Sattelboden oder in der Scheune oder gar im Kub- oder Scheunenstall — sofern der Besitzer keine Angst hat, dass seine Thiere angefressen werden — ausruhen müssen. Es wurde auch vom Kollegen W. Schulz Berlin, welcher die gesammelten Forderungen sprach, darauf hingewiesen, dass es vom menschlichen Standpunkte aus nicht verstanden werden kann, dass Menschen, welche den Tag über für andere arbeiten und Vorleute schaffen, nicht wissen, wo sie Nächte ihr Haupt hinlegen sollen. Ein solcher Zustand könnte auch nicht zur Bildung und Gestaltung führen, sondern zur Verwilderung und Verrottung. Im Punkt "Beschiedenes" berichtet der Vorsteher Turck, dass er am selben Tage zu Herrn Dr. Felix Beheim-Schwarzbach, Vorsteher des Kriegervereins Bielefeld bestellt war. Dieser Herr und noch ein Herr

erst des energischen Eintretens des Kollegen Baude, bis sie sich dazu herbeiliegen, die Wahl eines Bureaus vorzunehmen. In dasselbe wurden natürlich die Kollegen Möller, nebst zwei anderen Verbandsmitgliedern gewählt. Nunmehr erhält der Meister Garisch das Wort. In einer sehr einflussreichen Versammlung Proletarier für seinen Verband zu gewinnen. Über er hatte damit wenig Glück, Kollege Möller, der ihm als Redner folgte, wünschte die Versammlung io für sich zu gewinnen, das zu seinen Ausführungen lebhaftesten Beifall zeigte. Als nun noch Kollege Baude einige Ausführungen machte und hierbei auch des Krieges in Afrika Erwähnung that, nahm der Herr Antsekretair, der als überwachender Beamter anwesend war, Veranlassung, die Versammlung aufzulösen. Obgleich die Versammlung also ein unmäßiges Ende fand, ist sie doch nicht erfolglos gewesen; allerdings in einem anderen Sinne, als dies von den "Christlichen" gedacht war. Unter Zweigverein hat durch dieselbe eine wesentliche moralische Stärkung erfahren und unsere Mitglieder sind fest entschlossen, den ärztlichen Beschleunigungsversuchen zu jeder Zeit und allenfalls energisch entgegenzutreten.

Am Sonntag, den 14. Dezember, hielt der Zweigverein Deutsch-Wülfelkwick seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Meister hatte sich unter Anderem mit dem Ausschluss des Mitgliedes Franz Oetmann, Buch Nr. 31 782, zu beschäftigen. Oetmann hatte eine Treppe in Alsfeld fertiggestellt und war deshalb zu einer Vorstandssitzung geladen, um sich zu verantworten. Er erklärte in der Versammlung, er sei ein unmäßiger Ende fand, ist sie doch nicht erfolglos gewesen; allerdings in einem anderen Sinne, als dies von den "Christlichen" gedacht war. Unter Zweigverein hat durch dieselbe eine wesentliche moralische Stärkung erfahren und unsere Mitglieder sind fest entschlossen, den ärztlichen Beschleunigungsversuchen zu jeder Zeit und allenfalls energisch entgegenzutreten.

Am Sonntag, den 28. Dezember, hielt der Zweigverein Deutsch-Wülfelkwick seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Meister hatte sich unter Anderem mit dem Ausschluss des Mitgliedes Franz Oetmann, Buch Nr. 31 782, zu beschäftigen. Oetmann hatte eine Treppe in Alsfeld fertiggestellt und war deshalb zu einer Vorstandssitzung geladen, um sich zu verantworten. Er erklärte in der Versammlung, er sei ein unmäßiger Ende fand, ist sie doch nicht erfolglos gewesen; allerdings in einem anderen Sinne, als dies von den "Christlichen" gedacht war. Unter Zweigverein hat durch dieselbe eine wesentliche moralische Stärkung erfahren und unsere Mitglieder sind fest entschlossen, den ärztlichen Beschleunigungsversuchen zu jeder Zeit und allenfalls energisch entgegenzutreten.

Am Sonntag, den 29. Dezember, tagte in Bielefeld eine am 28. Dezember in Deutsch-Wülfelkwick eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Als erster Punkt wurde die diesjährige Lohnforderung besprochen und beschlossen, den Unternehmern den ausgeschafften Lohntarif zuzuerufen. Gefordert wird im Tarif eine Lohnzulage von M. 4 pro Stunde (28½), bessere Buden und Aborte und da, wie die Kollegen über Nacht bleiben müssen, soll der Unternehmer für Nachtlager und Kochgelegenheit sorgen. Die leichte Forderung ist eigentlich selbstverständlich; es muss aber konstatiiert werden, dass in diesem ökonomischen "Eborab", die Mäuerer u. G. nach vollbrachtem Tagewerk ihre müden Arbeiten auf dem Sattel und Sattelboden oder in der Scheune oder gar im Kub- oder Scheunenstall — sofern der Besitzer keine Angst hat, dass seine Thiere angefressen werden — ausruhen müssen. Es wurde auch vom Kollegen W. Schulz Berlin, welcher die gesammelten Forderungen sprach, darauf hingewiesen, dass es vom menschlichen Standpunkte aus nicht verstanden werden kann, dass Menschen, welche den Tag über für andere arbeiten und Vorleute schaffen, nicht wissen, wo sie Nächte ihr Haupt hinlegen sollen. Ein solcher Zustand könnte auch nicht zur Bildung und Gestaltung führen, sondern zur Verwilderung und Verrottung. Im Punkt "Beschiedenes" berichtet der Vorsteher Turck, dass er am selben Tage zu Herrn Dr. Felix Beheim-Schwarzbach, Vorsteher des Kriegervereins Bielefeld bestellt war. Dieser Herr und noch ein Herr

erst des energischen Eintretens des Kollegen Baude, bis sie sich dazu herbeiliegen, die Wahl eines Bureaus vorzunehmen. In dasselbe wurden natürlich die Kollegen Möller, nebst zwei anderen Verbandsmitgliedern gewählt. Nunmehr erhält der Meister Garisch das Wort. In einer sehr einflussreichen Versammlung Proletarier für seinen Verband zu gewinnen. Über er hatte damit wenig Glück, Kollege Möller, der ihm als Redner folgte, wünschte die Versammlung io für sich zu gewinnen, das zu seinen Ausführungen lebhaftesten Beifall zeigte. Als nun noch Kollege Baude einige Ausführungen machte und hierbei auch des Krieges in Afrika Erwähnung that, nahm der Herr Antsekretair, der als überwachender Beamter anwesend war, Veranlassung, die Versammlung aufzulösen. Obgleich die Versammlung also ein unmäßiges Ende fand, ist sie doch nicht erfolglos gewesen; allerdings in einem anderen Sinne, als dies von den "Christlichen" gedacht war. Unter Zweigverein hat durch dieselbe eine wesentliche moralische Stärkung erfahren und unsere Mitglieder sind fest entschlossen, den ärztlichen Beschleunigungsversuchen zu jeder Zeit und allenfalls energisch entgegenzutreten.

Am Sonntag, den 29. Dezember, tagte in Bielefeld eine

Doktor und Vorstandsmitglied des Kriegervereins wohnten der Versammlung bei. Der Herr Doktor wollte Auskunft haben, welchen einen politischen Zweck der Verband verfolge, ob er (der Verband) seine Mitglieder verpflichte, Sozialdemokraten zu sein u. s. m. Er meinte, es wäre wohl auch besser, wenn die Maurer sich dem Christlichen Verband anschließen würden. Er hatte auch gehört, daß jemand aus Berlin anwesend sei (Polizeisachse) und er würde selbst in die Versammlung kommen, da würde der Herr aus Berlin ihm am besten über die auf einen Seiten geschriebenen Fragen Auskunft geben können. Der Beifall lautet:

Der Zweigverein der Maurer "Kleine" hat mit Politik nichts zu thun und übt keinen Einfluß auf seine Mitglieder aus, wen sie als Abgeordnete zu wählen haben. Er wird niemals dulben, daß von anderer Seite dieser Grundsatz umgestoßen wird.

Herr Dr. Behlein war denn auch erschienen und führte Folgendes aus: Ich komme nicht in Auftrag, sondern lediglich als Privatperson: Als Vorsitzender des Kriegervereins erachte ich es aber als meine Pflicht, mich von dem zu unterrichten, welche Ziele die Mitglieder des Kriegervereins verfolgen, wenn sie sich den sogenannten Berufsorganisationen anschließen. Ich hätte nun gerne von dem Herrn Referenten gehört, wie sich der Verband zu den von mir aufgeworfenen Fragen stellt und ob der Verband seine Mitglieder verpflichtet, Sozialdemokraten zu sein oder ob der Verband dorthin agitiert, seine Mitglieder zu fördern zu machen. Kollege Schulz gab zunächst seiner Verwunderung über die, die an ihm gestellten Fragen Ausdruck. Er wies sodann darauf hin, daß der Verband noch nicht sowohl gefunden sei, seinen Mitgliedern vorschreiben, wie sie denken sollen, und wen sie in die gelehrten Körperchaften zu wählen haben; letzteres sei übrigens auch strafbar. Das, was man im Verbande unterstelle, werde aber geübt von Deutlingen, die ihn bekämpfen. Man brauche den Arbeitern nicht vorschreiben, wen sie wählen sollen, man braucht sie nur zum Zeitungsverkauf einzurufen, dann lernten sie die wahren Volksvertreter schon kennen. Herr Dr. Behlein wußte hierauf wissen, aus welchen Zeitungen man die wahren Volksvertreter erkennen könne und ob unter diesen Ausdruck Deutlingen verstanden sein sollten, die links im Reichstage sitzen. Da ist auf der anderen Seite des Hauses Sitzende seien wahre Volksvertreter und fortsetzen für die Arbeit. (Man fragt nur nicht wie? Red. d. "Geb.".) Heute wären nur zwei Abstimmungen vorhanden: eine staatsfeindliche und eine staatsfeindliche. Kollege Schulz erwiderte, daß man darüber getheilter Meinung sein könnte, was unter staatsfeindlich und staatsfeindlich zu verstehen sei. Jedenfalls hätten die Arbeiter alle Urtheile, die rechtsstaatlichen Parteien im Reichstage misstrauch gegenüber zu stehen. Die Leute, die den Arbeitern, die für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage eintrete, ein Büchsenhäuschen bescherten wollten, könnten keinen Anspruch darauf erheben, von den Arbeitern geahndet zu werden. Dieselben Leute aber, die das Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage mit Buchstaben geahndet wissen wollten, diese selbst keine führen, jetzt den Worte des letzten Blattkampfes abzupicken durch die Vertheilung des Lebensmittel. Wir wollen uns einmal, sagt Kollege Schulz fort, den Verdienst eines deutschen Arbeiters näher betrachten. Hierzu dienen uns die Lohnnachweisen der Berufsgenossenschaften. Es ist richtig, daß die eine ganze Reihe von Gesetzten haben, aber die Bewegung des Lohnnachweises von einem Jahr zum anderen kann man doch innerhalb aus den Nachweisen erkennen, und bis zu einem gewissen Grade auch die Höhe des Lohnes, namentlich, wenn man den Durchschnitt der vielen Millionen Arbeiter nimmt. Wenn man auf Grund dieser Nachweise für sämtliche gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Aussicht macht und berechnet, welchen Durchschnittslohn der Arbeiter in allen Gewerben zusammengekommen im Jahre 1895 verdient hat, so kommt man auf die Summe von M. 672,68. Der Lohn ist gefiegen auf M. 692,68 im Jahre 1896

" 713,22	1897
" 742,52	1898
" 755,49	1899

Die Steigerung von 1895-99 beträgt durchschnittlich für einen Arbeiter M. 83 jährlich. Nun ist es in solchen Zeiten des Aufschwungs, wie wir sie in den bezeichneten Jahren erlebt haben, auch nicht annähernd eine befriedigende Steigerung; um so weniger, als die Kaufstadt des Gelbes im Jahre 1899 geringer war als 1895. Für die nämlichen Lebensmittel, für die Arbeiter im Jahre 1895 M. 672,68 ausgab, muhte er 1899 M. 742 zahlen. Nun beträgt die Lohnsteigerung von 1895 auf 1899 M. 83, sie ist von M. 672 auf 755 gewachsen. Wenn Sie nun die M. 742- von den verdienten M. 755 abziehen, so bleiben noch M. 13 und einige Pfennige. Das ist der tatsächliche Mehrverdienst, den der Arbeiter 1899 im Vergleich zu 1895 in Wirklichkeit hatte. Für M. 13 konnte er allerdings seine Bedürfnisse besser befriedigen. Also Sie sehen, was zum Theil für ein Nutzen getrieben wird, wenn man sieht, wie stark die Löhne seit 1895 gemacht seien. Das Blatt weiß sich sofort, wenn Sie die Kaufstadt untersuchen; denn dann finden Sie, daß die Lohnsteigerung, die man mit über 10 % angibt, knapp 2 % betragen hat. Und jetzt kommt man her und will dem Arbeiter durch den Solidaritätskredit von dem nehmen, was er in den letzten Jahren errungen hat. Wie kann der Arbeiter Gutrauen haben zu Leuten, die ihn zum Hungern verdammen! Wir brauchen den Arbeitern nicht zu sagen, wer der wahre Vertreter ihres Interesses ist; diese Arbeit beforschen Dienstjenen, die sich als Freunde aufspielen, in Wahrheit aber Wolfe in Schafkleidern sind. Auf den Standpunkt des Herrn Dr. Behlein, daß man als guter Patriot trocken gegen den Solidarität stimmen könne, entgegne Kollege Schulz: Ja, wenn der Arbeiter durch diesen Tarif bedroht wird, dann muß unbedingt sein Einkommen verbessert werden, wenn er dann aber seine Forderungen stellt, dann ist er natürlich Sozialdemokrat. Zum Schulz erbat sich Kollege Schulz Auskunft, weshalb der Herr Doktor so warm dafür eintrete, daß sich die Maurer dem christlichen Verband anschließen mögten. Herr Dr. Behlein hältte sich aber in dieses Schweigen und verließ mit seinem Begleiter unter dem Beifallsgeklatsch der Versammlung das Hotel. Kollege Schulz wies nun noch darauf hin, daß solche Vorommüsse den Arbeitern die Augen öffnen müssten, auf daß sie erkennen, daß nur einzige Zusammenhalte zum Ziel führe. Mit einem dreifachen Aufstand des Verbands folgte der Vorstand die interessante und anregende Versammlung.

Der Zweigverein Freienthal a. d. O. hielt am 4. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Böck, eröffnete die Versammlung durch einen

Neujahrsgruß, in welchem er den Kollegen an's Herz legte, die Versammlungen im neuen Jahre noch lebhafter zu beobachten, als im alten. Sobann verlas der Kassirer die Abrechnung vom letzten Quartal. Dieselbe war von den Steuern geprägt und unterschrieben und wurde für richtig befunden. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Nach erfolgter Neuwahl des Vorstandes trat um 11 Uhr Schlüß der Versammlung ein.

Am Neujahrstage tagte in Gars a. d. O. eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Adolf Kaiser. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Steuern für richtig befunden und bestätigt wurde, worauf auf Antrag die Versammlung dem Kassirer Decharge ertheilt. Im zweiten Punkt wurde beschlossen, die Unternehmer zu einer Verhandlung bis zum 15. Januar einzuladen, um weitere Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1902 festzulegen, jedoch soll der Tarif mit nur einigen kleinen Abänderungen beibehalten werden. Im dritten Punkt erfolgt die Neuwahl des Vorstandes. In "Bescheidenes" wurden dem ersten Vorstand M. 10 und dem ersten Kassirer für ein halbes Jahr M. 6 bewilligt als Entschädigung für Ihre Mühsamkeit. Ein weiterer Antrag, die Vergrößerung der Bibliothek betreffend, wurde mit der Begründung angelehnt, die Kollegen möchten sich mehr an der politischen Bewegung beteiligen, die dieselbe ihren Mitgliedern eine größere Bibliothek zur Verfügung stellt. Mit einem Mahnwurf, sich mehr an den Wahlkreis zu befreien, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

In der Umgebung von Königsberg i. Pr. war es den Kollegen bisher nicht möglich gewesen, ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zu erhalten. In letzter Zeit haben die Königsberger Kollegen in Tragheimsdorf eine Wohnung gemietet, in welcher am Freitag, den 20. Dezember, eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten wurde. Kollege Werner belehrte in einführender Rede die "berneidenswerte" Lage der Maurer im Allgemeinen und kam auch auf die jetzigen Verhältnisse zu sprechen. Da man als Tagesarbeiter bei den leichten Lebensmittelzetteln und dem leichten Lohn knapp so viel verdient, als man zum allernotwendigsten Lebensunterhalt gebraucht, an den Winter noch garnicht gedacht, ist man dabei, das Brod noch um das Doppelte künstlich zu vertheilen. Wenn im Winter noch Arbeit vorhanden ist, dann denkt der Unternehmer die Gelegenheit, um den Lohn ganz erheblich herabzuziehen und läßt dann bei elektrischer Beleuchtung Nebenzubinden machen. Wenn die Maurer alle organisiert wären, dann würde der Unternehmer garnicht den Mut haben, den Maurern solches zu bieten. Es ist bewiesen, daß da, wo die Arbeiter stramm organisiert sind, der Lohn während der Krise nicht herabgesetzt werden kann; folgedessen ist es Bild der Kollegen von Tragheimsdorf und vom Tragheimer Ausbau, sich ebenfalls der Organisation anzuschließen, damit in Königsberg und Umgegend auch andere Zustände geschaffen werden können. In der Diskussion sprachen unter Anderem besonders die Kollegen Enseleit und Weihen豪gen im Sinne des Referenten und traten dafür ein, daß eine Wahlstelle des Zweigvereins Königsberg in Tragheimsdorf gegründet werde. Es wurde beschlossen, eine Wahlstelle einzurichten und Vertrauensleute einzuführen, welche die Agitation an betreibenden und die Arbeiten, welche nötig sind, zu verrichten haben. Es liegen sich zehn Kollegen in den Verband aufnehmen, zwei Mitglieder waren schon vorhanden, so daß die Zahlstelle mit 12 Mitgliedern eröffnet werden konnte. Die Kollegen Enseleit, Friedrich und Weihen豪gen wurden als Verwaltungsbemänner gewählt. Kollege Enseleit gelobte der Versammlung, nicht eher zu ruhen, bis sämtliche Maurer von Tragheimsdorf und vom Tragheimer Ausbau dem Verband beigetreten sind. Die erste Mitgliederversammlung soll im Monat Januar in derselben Wohnung stattfinden, denn die Königsberger Kollegen haben sich die Wohnung bis zum 1. Februar gesichert. Nach einem fertigen Schlußwort des Kollegen Werner wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Der Zweigverein Münster i. W. veranstaltete im Dezember v. J. eine Bautenkontrolle. Es wurden 40 Bauten ermittelt, auf denen arbeiteten: 40 Partiere, 389 Gefellen und 27 Lehrlinge. Außerdem arbeiteten an kleinen Umbauten bei Rüstbarkeit u. s. w. etwa 125 Gefellen. Organisiert sind von diesen 404 Gefellen im Centralverband 55. Wie viel dem christlichen Verband angehören, konnte nicht genau ermittelt werden, doch wird die Zahl 30 kaum überschritten werden. Von den Bauten befinden sich: im Keller bezw. Parterre 7, im ersten Stock 3, im zweiten Stock 7, im Dachgeschoss 4 und im Fuß 25. Baubuden waren vorhanden auf 40 Bauten. Davon waren in gutem Zustande drei, in eingetrocknetem unnehmbarem Zustande waren 26. Materialien wurden gelagert in elf Buden. Es ist hier zu bemerken, daß sich die Baubuden im Allgemeinen in einem schlechten Zustande befinden. Bänke und Tische sowie das Heizzeug und Kleine der selben sind, mit wenig Ausnahmen, ganzlich unbekannt Dinge. Aborten waren vorhanden auf 39 Bauten. Davon waren gut 18, einigermaßen brauchbar 10, den Vorrichtungen garnicht entsprechend, ohne Thür und Dach. 11 Aborten, Unfallvorhüttungsvorrichtungen waren ausgehangt auf 24 Bauten. Schlußvorrichtungen sowie die Abdichtung der Balkenlängen waren auf fast allen Bauten äußerst mangelhaft. Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10½ Stunden und zwar von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr, mit einer Mittagspause von 1½ bis 2½ Stunden und 1½ Stunden Mittag. Zeit beträgt die Arbeitszeit noch 8 Stunden. Die Löhne werden im Taglohn berechnet und schwanken zwischen M. 3,40 bis M. 4,20 bei 10stündigem Arbeitszeit. Bei jüngerer Arbeitszeit werden Löhne von M. 2,60 bis M. 3,20 bezahlt. Eine genaue Feststellung der Löhne der einzelnen Kollegen scheiterte an der großen hier herrschenden Bodenfeindigkeit der unorganisierten Kollegen.

Der Zweigverein Neubrandenburg hielt am 21. Dezember seine Generalversammlung ab, in welcher die Neuwahl des Vorstandes erfolgte. Der zweite Punkt der Tagesordnung mußte wegen zu schwachen Besuches bis zur nächsten Versammlung versagt werden. Am zweiten Weihnachtsstag füllte ein Theil des Treppenhäuses am Neubau des Unternehmers Gerlich, an der Werderstraße gelegen, ein. Der Unternehmer, der selbst Arbeiter gewesen, wollte seine Macht den bei ihm arbeitenden Kollegen fühlbar lassen, indem er ihnen am Weihnachtsfestabend anfüllte, daß an dem Tage nach Weihnachten nicht gearbeitet werde, weil sie (die Maurer) am Heiligabend eine Stunde früher Feierabend gemacht hatten, wie dies hier Sitze und Gebrauch ist. Als aber der Einsatz passirte war,

komme der Unternehmer nicht schnell genug die Kollegen finben damit sie den Schaden wieder auszubessern. Nun kommt mit einem Male am Tage nach Weihnachten gearbeitet werden. Es ist als ein Glück zu betrachten, daß der Einsatz an einem Feiertage passirte, sonst hätte es vielleicht noch Menschenleben gekostet. Ist es zweitmäßig, Arbeiter in Aktion zu übernehmen, weil der Unternehmer glaubt, mit seiner Rechnung zu kurz zu kommen? Ein alter Verbandskollege scheint dieser wunderlichen Ansicht zu sein. Der bevorstehende Neubau war getrichtet. Der Unternehmer glaubte, es nicht so weiter gehen lassen zu können, weil er, nach seiner Ansicht, alle Tage etwas aufzugeben mügte. Nun übernahm der Kollege einfach die Arbeit in Afferde, um seinem Meister aus der Patsche zu helfen. Wir sind der Ansicht, der Kollege hätte doch mindestens dem Vorstand des Zweigvereins seine Absicht mittheilen müssen, damit es nicht zum Arbeitsstreiken kommt wäre, zumal der Geschäftsführer keine Aftordnungen zu machen, und dem Kollegen dieser Beschluss genannt bekannt ist. Nachdem einige Kollegen den Vorstand hierzu in Kenntnis geetzt hatten, ist dem Nebel abgeholfen, wenigstens nach Aussage des Barlers des betreffenden Raumes. Wir möchten den Kollegen erzählen, sich an die Beschlüsse des Zweigvereins zu halten.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben: Am 21. September v. J. hatte die Innung "Bauhütte" es für gut befunden, ihren Gesellenausschuß mit der Gründung einer Innungskrankenkasse zu übertragen. Es sollte am 25. September eine gemeinschaftliche Sitzung stattfinden zwecks Beratung des Statuts. Leider hatten unsere Herren in Innungsvorstand vergeben, daß zu ihrem Gesellenausschuß acht Männer gehören, sie hatten nur vier eingeladen. Infolgedessen stellten die Unwesenden den Antrag, die Sache zu verlagern, ihnen eine Abhörschrift des Entwurfs des Statuts zur vorherigen Beratung zuzubringen und dann, nachdem dies geschehen, eine neue Sitzung anzuberufen, zu welcher aber auch der ganze Gesellenausschuß einzuladen sei. Damit erklärten sich die Herren einverstanden. Vor ja 14 Tagen nun ging dem Gesellenausschuß das Verlangen zu, und dieser hatte nichts Urtägliches zu ihm, als eine Durchberatung des Statuts vorzunehmen. Aber es war dies eine leichte Arbeit. Die Herren Unternehmer, welche für sich so gerne mit ihrer Humanität prahlen, hatten hier aber gänzlich schiefgeschossen. Sie hatten sich nämlich ein Proberexemplar der Bremer Innungskrankenkasse kommen lassen und glaubten nun, ihren Gesellen auch dieses ausfallen zu können. Der Gesellenausschuß sah sich geschlagen. Alles, was zu viel von der Innung verlangt war, zu streichen oder zu Gunsten der Gesellen abzuändern; und das war fast alles, mit Ausnahme dessen, was dem Geiste des Innungskrankenkassenentwurfs entspricht. Nachdem dieses geschahen war, berief der Gesellenausschuß zum 2. Januar d. J. eine öffentliche Versammlung aller Maurer, Zimmerer und Bauhüttsarbeiter ein, um allen Kollegen am Orte den Beweis zu bringen, daß ein Zusammenschluß aller eine große Notwendigkeit sei. Die Versammlung war, was hier ein seltenes Ereignis ist, sehr gut besucht. Sogar der Innungsvorstand war erschienen (derselbe hatte sich ja an den Gesellenausschuß gewandt mit der Bitte, zu dieser Versammlung eingeladen zu werden, mußte sich aber mit der Antwort begnügen, daß selbst für den Innungsvorstand keine Extrawurst gebraucht würde). Auf Erfsuung war ferner von der Auftischschröder ein Herr erschienen. Dieser erklärte von vornherein, daß er weder für noch gegen die Gründung einer solchen Kasse wäre, sondern nur mit Auskunft und Ratshilfe eingetragen wolle. Der Gesellenausschuß ließ von seinem Schriftführer den Entwurf des Statuts so verlesen, wie er ihn von der Innung erhalten hatte. Nachdem stellte er seine Abänderungsvorläufe zur Diskussion, welche eine sehr schwache waren. Der Innungsvorstand hatte sich natürlich, als der Gesellenausschuß mit seinen Abänderungen kam, sehr bald aus dem Staube gemacht; denn die Maurer sagten ja den Herren bestmöglich schlecht vorzugestehen und sie mußten sich auch manches herzlich sagen lassen. An der Diskussion beteiligten sich ferner zwei Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse, welche darauf hinwiesen, daß diese Innungskasse doch garnicht im Stande wäre, und nur anträumt das zu thieren, was die Ortskasse jetzt bietet und in ferner Zeit noch bietet wird. Es wurde dann folgende Resolution einfließen angenommen: "Da am heutigen Tage, 2. Januar 1902, im Hotel "Deutscher Kaiser" (W. Kochmann) zu Oldenburg tagende öffentliche Versammlung aller bei einem Innungsmester der "Bauhütte" beschäftigten Maurer, Zimmerer und Bauhüttsarbeiter protestiert nach Anhörung der Gesellenausschüsse durch die Innung zugeschlossene Statuten der Innungskrankenkasse ganz entschieden gegen die Errichtung einer solchen und zwar aus folgenden zweitmäßig Grunden: 1. Muß es im Interesse aller beteiligten Kreise liegen, die Kreise nicht zu zerplatten, sondern die jetzt auf der Basis der Gelegenheit beschäftigten Ortskrankenkassen nach Möglichkeit auszubauen und zu verbünden. 2. Ist eine zur jetzigen Zeit errichtete Innungskrankenkasse garnicht im Stande zu thieren, was die Ortskrankenkasse jetzt bietet und im Laufe weniger Zeit noch bietet wird. 3. Außer der Ortskrankenkasse existiert am Orte sowohl eine Maurer- als auch eine Zimmerkrankenkasse, beide freie Häuslekrankenkassen. Sowohl die Mitglieder der letzteren, sowie auch die der letzteren, müßten oder wären gewogen, ihre seit Jahren widerworbenen Rechte bei Gründung einer Innungskrankenkasse aufzugeben. Ob die letzteren dann aber im Stande wären, einen guten Erfolg zu bieten, ist nach den Erfahrungen, welche die Mitglieder der Innungskrankenkasse, beispielsweise in Bremen, Hannover usw. gemacht haben, sehr zweifelhaft. Es ist dies geeignet, den Wahrspruch zu fuldigten: Ein Sperling in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache. Mit einem Schlußwort des Kollegen Kleen wurde hierauf die Versammlung, welche die Innungsmester am Ende erbracht haben dürfen, daß mit einem Gesellenausschuß, welcher ein freies Mitglied besteht, nicht so leicht Rücksicht eifen ist, geschlossen.

Am 29. Dezember hielt der Zweigverein Neppen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Silbermann aus Berlin war als Referent anwesend. Derjelbe rügte zunächst die Faulheit der Neppener Kollegen und betonte, daß die Erwartungen, die er einst auf die Zweigverein-Mitglieder gelegt habe, nicht erfüllt worden seien. Der Geschäftsführer der Neppener Innungskrankenkasse legte vor, daß die Versammlung keine Aftordnungen mehr habe, und der Geschäftsführer der Neppener Innungskrankenkasse, beispielsweise in Bremen, Hannover usw. gemacht haben, sehr zweifelhaft. Es sei dies geeignet, den Wahrspur zu fuldigten: Ein Sperling in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache. Mit einem Schlußwort des Kollegen Kleen wurde hierauf die Versammlung, welche die Innungsmester am Ende erbracht haben dürfen, daß mit einem Gesellenausschuß, welcher ein freies Mitglied besteht, nicht so leicht Rücksicht eifen ist, geschlossen.

würde es sich empfehlen, die Reitäge aus den Wohnungen der Kollegen abholen und ihnen gleichzeitig den "Grundstein" zu stellen zu lassen. Die Versammlung akzeptierte diesen Vorschlag und bestimmt drei Kollegen, welche die obliegenden Sitzungen zu erfüllen haben. Hierauf wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen und dann die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Speyer - nicht die restlichen Mitglieder - darauf aufmerksam, dass die Centralverberge und das Vorstehtor sich in der Restaurierung "zur Freiheitlichkeit" befinden. Er warnt weiter vor der sogenannten Kundenfängerei und eruft die Kollegen, nur in dem genannten Lotal zu verkehren, wo auch die Meiseunterstützung ausgezahlt wird.

Der Zweigverein Trebitsch (Neumarkt) hält am 29. Dezbr. eine Mitgliederversammlung ab. Trotzdem den ganzen Sommer über keine Versammlung abgehalten werden konnte, weil die meisten Kollegen in die weite Ferne gehen müssen; um ihr Bro zu verdienen, war dieselbe doch nur von einem Drittel der Mitglieder besucht, woran immer noch zu leben ist, wie gleich verschiedene Kollegen sind. Es wurde beschlossen, sämtliche Abrednungen in der nächsten Versammlung vorzulegen und die später stattfindenden Versammlungen, wenn noch Zeit dazu ist, im "Grundstein" bekannt zu machen, andernfalls würde dies wie immer besorgt werden. Es wurde dann eine Verpredigt über ein Bergmännchen vorgenommen und beschlossen, dasselbe am 1. Januar bei Herrn Lewin in Eichgräb abzuhalten, wozu noch ein Comitie gewählt wurde, welches die nötigen Vorbereitungen dazu zu treffen hat.

Der Kösliner Landfriedensbruch-Prozess.

In schrecklicher Weise muss eine Anzahl Kollegen für unbedachte Handlungen büßen, die sie sich bei dem Aufstand in Kolberg am 9. September 1901 stellten haben, haben zu Schulden kommen lassen. Es sind Siedler bis zu drei Jahren Haftstrafe erlassen worden. Der Vergang war, wie von den Mitteilungen über die Schwurgerichtsverhandlungen entnehmen, folgender:

In Kolberg stand im September 1901 ein Streit statt, der aber am 9. September keine große Ausdehnung mehr hatte; es feierten nur noch etwa 30 Mann. Der Baumeister Titus Lipinski aus Kolberg hatte sich aus Bestreben "Arbeitswillige" bestellt. Da die Kollegen hieron Kenntnis erlangt hatten, reiste der Kollege Albrecht ihnen nach Belgard entgegen und suchte dort den Büttner der Arbeitswilligen, den Maurerpartier Lipinski, zur Rückkehr zu bewegen. Der Appell an das Chorgericht und an das Amtleid mit den freindlichen Kollegen und ihren Familien, war ebenso wirkungslos, wie das Angebot, die Rücktritte zu bezahlen und noch eine Entschädigung zu geben. Lipinski rümpfte sich, daß er unbedingt nach Kolberg kommen werde, und daß er sich vor nichts fürchte. Und er stellte einen Revolver bei sich führe.

In Kolberg hatte sich das Gerücht von dem bewohnten Eintritt der Arbeitswilligen verbreitet. Es war Abends gegen acht Uhr, die Arbeiter kamen aus den Fabriken und von den Ladeplätzen nach Hause, und es sammelte sich sehr bald vor dem Bahnhof eine neugierige Menschenmenge von etwa 200 Personen an, zum größten Theil aus Weibern und Kindern bestehend, jedensfalls nur sehr wenige Männer darunter. Als der Zug in die Bahnhofshalle eintrat, redeten Kollege Albrecht und der Kollege Schwarz aus Hamburg, der zufällig in Kolberg antwortete, noch einmal den freien Maurer zu lieber umzulehnen, doch ebenfalls erfolglos. — Der Baumeister Lipinski nahm die Anhänger in Besitz und führte sie durch einen Seitengang auf den Vorplatz, wo sie einen bereit gehaltenen Wagen bestiegen. Jetzt wurden aus der Menge heftige Worte laut, und im Handumdrehen war es zu einer Schlägerei gekommen. Einige von den freidenen Mauern behaupten, vom Wagen heruntergezogen worden zu sein, der Partier Lipinski behauptet, daß ein Steinwurf gefallen wäre. Plötzlich fielen zwei Schüsse; Lipinski hatte vom Wagen herab in die Menge schaft geschossen, glücklicherweise ohne Jemand zu treffen. Nun erst gerieten die Umstehenden in grohe Erregung. Lipinski hat hierbei einige nicht unerhebliche Schläge über den Kopf erhalten, doch dauerte das Ganze nur einige Augenblicke, denn auf den Zutritt des Polizeiamtsmeisters Grotte, der sich im Bahnhof befunden hatte, und beim Anfallen der Schüsse eiligst herbeilam, trat Ruhe ein. Der Kolleg Albrecht, den ebenfalls die Schüsse aus dem Bahnhof, wo er sich aufgehalten hatte, verübt hatten, nahm, um schlimmes Unheil zu verhüten, dem Lipinski den Revolver aus der Hand und trug dann wieder bei Seite.

Wer dem Lipinski die Schläge gegeben hat, vermag dieser selbst nicht zu sagen, er verächtigt aber den Kollegen Klein, der unmittelbar vor ihm gestanden hat. Klein wiederum weiß, daß Jemand von hinten über seinen Kopf nach Lipinski geschlagen und dabei dem Klein den Hut vom Kopf geworfen hat. Er bestreitet entschieden, selbst den Schlag geführt zu haben, dagegen behauptet ein Maurermeister Kappa, gesehen zu haben, daß Klein einen der freidenen Mauern von hinten an der Schulter gepackt habe.

Auf Garde's Aufforderung löste sich alsbald die Menge auf und zerstreute sich in kleinen Gruppen, und der Wagen mit den freidenen Arbeitswilligen fuhr durch die Wilhelmstraße ab. Nun aber folgte eine größere Menschenmenge dem Wagen, auch hier zum größten Theil Neugierige, darunter aber doch einige Elemente, die ihrem Anger in eilichen Steinwürfen gegen den Wagen Ausdruck gaben. Der Wagen hielt sichtlich und die Arbeitswilligen stiegen ab. Die Polizei sperrte dann hinter dem Zug die Straße und geleitete ihn durch verschiedene Straßen bis nach der Adlerbrücke, wo sie beim Wasserwerk über die Personen führte. Die immer mehr von Neugierigen verführte Menge hatte sich aber unterdessen auf anderen Wegen ebenfalls an die Adlerbrücke begeben. Nachdem die Arbeitswilligen die Brücke überquerten, hatten, um in einer alten Kaserne am jenseitigen Ufer untergebracht zu werden, sperrte die Polizei auch die Brücke. Die angekommene Menge blieb noch längere Zeit sitzen, es fielen allerlei Reden, wie einzelne Zeugen behaupten auch noch vereinzelt Steinwürfe. Die Zahl der Neugierigen verfärbte sich noch mehr, als irgend ein eisiger Bürger den Feuerzeug geblasen hatte; nach Verlauf einer halben Stunde folgte aber die Menge dem guten Bureauden der Polizei.

Wegen dieser Vorstöße ist nun Anklage, wegen Landfriedensbruchs erhoben worden. Anfangs wurde der Versuch gemacht, die Täfel an den Ausführungen unserem Kollegen Schwarz, der im Auftrag des Centralvorstandes in Kolberg gewesen war, anzuwidern und es wurde die durch nichts gerechtfertigte Verdächtigung aufgebracht, daß es ohne seine Anwesenheit nicht so weit gelommen sein würde. Freilich fiel diese lästerliche Verdächtigung alsbald in nichts zusammen als sich ergab, daß Kollege Schwarz während der Vorstellung vor dem Bahnhof im Wartesaal mit dem Bahnhofsvothor verhandelt hatte und daß er keine Gelegenheit hatte vorüberzulassen, die freindlichen Kollegen zur Flucht zu ermahnen und vor solchen Vornehmeausbrüchen zu warnen.

So wurde Schwarz durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gestellt, jedoch Anklage erhoben gegen die Männer Klein, Sternberg, Weidemann, Bieper, Hartwig, Schröder, Trenke, Ludowotsch, Kaud, Schulz, Albrecht und Giese, den Arbeiter Saath, die Lebhabte Bruno Schröder und Mampe und endlich die Frau des Angeklagten Weidemann.

Doch vorzüglich Männer angeklagt wurden, läßt nicht etwa auf eine hervorragende Verbündung unserer Kollegen an dem freidenen Maurer schließen, die Menge umfaßte Hunderte anderer Personen und die eigentlichen Verüter des Unfugs, die in der Wilhelmitröhre Stein geworfen hatten, sind ganz unermittelbar geblieben. Es waren aber einige Maurermeister mit dem Zug gegangen und diese hatten aus der herum stehenden Menge in erster Reihe die ihnen bekannten Maurer herausgefunden und diese angezeigt.

Die Anklage lautete gegen Klein, Weidemann und Sternberg auf „Ich habe einen Landfriedensbruch.“ Klein sollte gegen die freidenen Maurer auf dem Wagen am Bahnhofsplatz Gewaltthärtigkeiten verübt haben, Sternberg wurde durch einen noch nicht eidesmündigen Zeugling beklagt, an der Adlerbrücke einen Stein geworfen zu haben, der aber nicht getroffen hätte; Weidemann sollte sich nach der Verbindung des Baumeisters Lipisch als „Mädesführer“ bestätigt haben, indem er nämlich aus der Aufsichtsführung der Beamten, wegziehen, rief: „Weißbal sollen wir denn gehen, dann können die Kinder ja auch gehen.“ Die Neugierigen wurden nun beschuldigt, unter der tumultuarischen Menge gewesen zu sein und sich dadurch des einfaichen Landfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Der Arbeiter Saath war außerdem wegen Verleumdung angeklagt, weil er dem Polizeiangehörigen Hoff Mauscheller angeboten hatte, eine Redensart, die er augab.

Die Vertheidigung lag in den Händen der Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Dr. Carl Liebhardt aus Berlin, die den Angeklagten vom Centralverband der Maurer gestellt worden waren.

Die Vertheidiger beantrachten in erster Reihe,

die That nur als Übertretung der Strafanordnung ist verordnet anzusehen, oder höchstens als Thethnahme an einem Unfall, für den Fall der Verurtheilung wegen Landfriedensbruchs abet, soweit schwerer Landfriedensbruch angenommen wurde, den Angeklagten mildern Umstände zuverleumten. Sie führten aus, daß die ohne Zweifel vorgetragenen Gewaltthärtigkeiten doch nur auf wenige Punkte des Weges, den der Zug zurückgelegt hatte, befristet gewesen wären. Ein Landfriedensbruch lage nur vor, wenn die Menge selbst, nicht aber, wenn einzelne aus der Menge Gewaltthärtigkeiten begingen, und es mache sich der Theilnahme nur schuldig, wer das Bewußtsein hätte, daß solche Gewaltthärtigkeiten begangen wurden. Durchweg hätten nur Einzelne gehandelt, die sich Gewaltthärtigkeiten hätten zu Schulden kommen lassen, und wenn Angeklagte sich an irgend einem Ort in der Menge befunden hätten, wäre daraus noch keineswegs zu schließen, daß sie von den anderen Orten und von anderen unbekannten Personen verübt. Gewaltthärtigkeiten gehabt hätten. Sehr häufig durften nicht einmal von einer an die Menge als solche gerichteten polizeilichen Aufforderung, auseinanderzugehen, Kenntnis gehabt haben. Wer eine an ihn persönlich gerichtete Aufforderung, wegzugehen, nicht befolgt hätte, könnte höchstens wegen Übertretung des Strafengesetzes verurtheilt werden.

Die Geschworenen befassten bei Klein und Sternberg die Überprüfung von Gewaltthärtigkeiten, also den schweren Landfriedensbruch, billigten ihnen aber mildernde Umstände zu. Auch Weidemann sprachen sie des schweren Landfriedensbruchs als „Mädesführer“ schuldig und versagten ihm mildernde Umstände. Bei dem Arbeiter Saath, den Maurern Bieper, Trenke, Ludowotsch, Kaud und Albrecht nahmen sie einfaichen Landfriedensbruch an, bei den Mauern Hartwig, Erich Schröder und Schulz und den Lehrlingen Bruno Schröder und Mampe auf, und der Frau Weidemann nur Übertretung der Strafengesetzestellung. Bei dem Maurer Giese, Kajitser der Fälsche des Centralverbandes, wurden sämtliche Schuldfragen verneint; es hatte auch kein Zeuge zu befreien vermögt, daß er irgendwo unter der Menge gewesen wäre.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Klein 1 Jahr

6 Monate Gefängnis (Urteil 10 Monate), gegen Sternberg 9 Monate (Urteil 8 Monate), Weidemann 4 Jahre Zuchthaus (Urteil 3 Jahre), Saath 1 Jahr 2 Monate Gefängnis (Urteil ebenso), Bieper 1 Jahr (Urteil ebenso), Hartwig 3 Monate (Urteil 1 Monat), Erich Schröder und Schulz je 3 Monate (Urteil je 1 Monat), Bruno Schröder und Mampe je 6 Wochen (Urteil 3 Wochen), Trenke 1 Jahr (Urteil 6 Monate), Ludowotsch, Kaud und Albrecht je 1 Jahr (Urteil 5 Monate), Frau Weidemann § 20 (Urteil 10) Geldstrafe.

Das Gericht verhandelte, daß es in den Vorfällen in Kolberg eine schwere Ausübung und erhebliche Störung der öffentlichen Friedens gegeben habe, und daß es bei den Straftaten sich im Besonderen durch die Müdigkeit auf die Vorfälle der Angeklagten hätte leiten lassen. Dementsprechend sind Sternberg und Klein, bei denen die Geschworenen schweren Landfriedensbruch angenommen hatten, mitbegr. verurtheilt worden, wie mehrere Angeklagte, bei denen nur einfacher Landfriedensbruch angenommen worden waren, die aber erhebliche Vorstöße hatten, während Sternberg garnicht Klein nur unerheblich vorbestraft waren. Die hohe Strafe gegen Weidemann wurde auch durch dessen ungewöhnlich große Zahl von Vorstrafen motiviert.

Im Grunde sind also gegen die vierzehn zu Freiheitsstrafen verurtheilten Angeklagten fast zehn Jahre Gefängnis bzw. Zuchthaus ausgesprochen worden. — Das ist eine sichtbare Strafe für die ganz untergeordnete Vertheidigung der Angeklagten, von denen sicherlich keiner eine Abwendung davon gehabt hat, daß er durch sein neugieriges Mittenommen solche Folgen auf sich herausheblichen würde. Dabei liegen

die Strafen, zum grössten Theil weit unter dem Durchschnitt der nach dem Gesetz möglichen Strafmaße, und das Urteil kann in dieser Beziehung nicht mit dem schrecklichen Vorstauer Urteil verglichen werden, bei dem weit höhere Strafen erkannt worden sind, obgleich die charakteristischen Merkmale eines Landfriedensbruchs noch weit mehr fehlten, als in Kolberg.

Untere Gesetzgeber mühten es also als eine dringende Aufgabe erachten, die Bestimmungen über Landfriedensbruch überhaupt zu definieren, oder doch zu mildern. Stellt dieses Gesetz es doch eigentlich ganz in das Vorstehen der Anklage, ob auf verhältnismäßig geringfügige Vorstöße, alltägliche Ausläufe und Schlägereien dadurch, daß man sie als „Landfriedensbruch“ anträgt, die durchbarsten Strafen verhängt werden können, ja, unter Umständen müssen.

Berichtigung. In dem Artikel: "Allerhand Proletarier" soll es in der 2. Spalte, 6. Zeile von oben, statt Stukkatur Maurer heißen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissions etc.

Des 8. Januar. Ein furchtbare Bauunglücks passierte heute Nachmittag gleich nach 4 Uhr auf dem städtischen Schulhof am Freiburger Platz. Bei dem Heraufwinden eines einzigen Bonner schweren Steines auf den vierten Stock, brach der Rahmen, auf dem die schwere Windmaschine ruhte und stürzte mit den beiden an ihr beschäftigten Arbeitern Seliger und Helmig in die Tiefe. Der eine Arbeiter war sofort tot, der andere gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Aus dem Brünnel des zweiten Arbeiters sprangte der Knochen heraus und sein Gesicht war furchtbar zerstochen. Er ist bald nach dem Unglück ebenfalls seinen schweren Verletzungen erlegen. Durch das herabstürzende Gebäude ist auch das Dach des darüber stehenden niedrigen Hauses nicht unbeschädigt beschädigt. Die Verunglückten waren Schwager; sie wurden mittels städtischer Krankenwagen in's Krankenhaus geschafft. Der eine Arbeiter war erst ein vierjähriges Kind, ausführender Baumeister war erst ein Zimmermeister. Der Baumeister Röhrig ist selbst vor einigen Monaten beim Städtebau verunglückt. Er hatte damals das Bein gebrochen, ließ sich aber, als er eingemessen wieder hergestellt, auf den Schultern tragen, um dort die Arbeiter anzufeuern und das Graben des Grundes zu überwaden. Sein heute Vormittag beim Heraufwinden eines sehr schweren Steines soll das Gerät stark geschüttelt haben, so daß die Arbeiter ihres Verführung Ausbruch geben. Die Untersuchung wird wohl ergeben, wen die Schulde an dem schrecklichen Unfall trifft, der zwei im kräftigsten Mannesalter stehenden braven Arbeitern das Leben gestoppt.

Am 11. Januar. Ein eigenartliches Unfall ereilt am Morgen des 2. Januar am Neubau des Bild-Brauerei am Bullenhuserdamm der Maurer Gustav Kirmes, beim Herausgehen aus der Baubude nach der Arbeitsstätte. An dem Posten der Buden-Eingangstür hatte ein Zimmerer seinen Gehirnbeutel aufgeschlagen, aus dem an der Seite ein schwerer Steckbeitel herausstach. Bei dem schnellen Herausdrängen aus der von Mauern, Zimmerern und Bauhofsarbeitern gemeinschaftlich benutzten Bude schwang Kirmes in der Dunkelheit mit der rechten Hand gegen das schwere Handwerkszeug und zog sich dadurch eine zirka 5 Centimeter lange, ziemlich schwere Schnittwunde über dem Hinterkopf zu. Einige Wochen Arbeitsunfähigkeit sind die Folgen dieses durch die Leichtsinnigkeit des Zimmerers verursachten Unfalls. Die erste Hilfe leistete der Maurerpartier Budendorf, der einen Kurus im Sanitarierdienst durchgemacht hat.

Aus anderen Berufen.

* Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsteller“, das Organ des deutschen Buchdrucker-Berbands, ist mit seiner am 1. Januar erschienenen Nr. 1 in den 40. Jahrgang seines Gesamtwerkes getreten.

Nachdem das Blatt nunmehr als das Schwabenalster erreicht hat, ist wohl anzunehmen, daß es auch dergestalt wird. Wenigstens wäre dieses wünschenswert.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Rechtsbürtige Arbeiterschuh-Verordnung.** Nach § 120c Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung können, sofern nicht der Bundesrat sonst gemäß § 120c Absatz 1 eingegriffen hat, durch Polizeiverordnungen Vorrichtungen darüber erlassen werden, welche Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen zur Durchführung der in den §§ 120a bis c enthaltenen Grundrechte bezüglich des Arbeitsschutzes zu genügen sei. Für die Regierungsbürtigkeit Altona ist eine derartige Polizeiverordnung, betreffend die Steinbrücke erlassen worden. Gegen sie sollten sich die Unternehmer Schneider und Bäder vergangen haben. Sie wurden jedoch in zweiter Instanz freigesprochen, weil die Verordnung ungültig sei. Das Landgericht führte aus: Nach § 120c Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung sei vor dem Erlass einer solchen Polizeiverordnung dem Vorstande der betreffenden Berufsgenossenschaft oder Berufsgenossenschaftsleitung Gelegenheit zu einer gutachtlidlichen Auflösung zu geben. Da die Verordnung nicht erkennen lasse, daß dies geschehen sei, so könne sie nicht als rechtsgültig erachtet werden.

— Das Landgericht verurteilte, daß die Verordnung dem Vorstand der Berufsgenossenschaft verurteilt werden, falls sie nicht als rechtsgültig erachtet werden. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Verordnung sei auf jeden Fall rechtsgültig, denn jener Begriff des Gelebens über die gutachtlidliche Auflösung der Berufsgenossenschaft wäre nicht abgrenzbar. — Der Strafgerichts des Kammergerichts verwarf das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Das Gericht nehme im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft an, daß die Bestimmung, wonach der einzelnen Berufsgenossenschaften Gelegenheit zur gutachtlidlichen Auflösung gegeben werden solle, gwingender

Natur sei, daß also die Erfüllung der Vorschrift erst die Rechtsfähigkeit einer auf Grund des §. 122e, Absatz 2 der Gewerbeordnung erlaubten Polizeiexordnung bedinge. Hierfür sprächen Entstehungszeitraum und Wortlaut des Gesetzes. Der Reichstag habe zu W. die Worte des Entwurfs: "— sollen, sofern nicht —" umgedeutet in die strikte Ausdrucksweise: "— ist zu geben —", und er habe damit die zwingende Natur zu erkennen gegeben. Aber nicht nur die Anhörung der Berufsgenossenschaft sei notwendig, um der fraglichen Verordnung Rechtskraft zu verleihen, sondern es müsse auch zur Vermeidung der Rechtsfähigkeit in der Verordnung selber ausgedrückt werden, daß der Berufsgenossenschaft Gelegenheit zur Anerkennung gegeben werden sei. Mit Recht sei deshalb die Verordnung ungültig erklärt worden.

* Der Kampf um die Rente. Der Bauarbeiter W. hatte im Jahre 1900 bei der Arbeit eine Knödelverletzung davongetragen. Die Nordhessische Baugewerkschaft gewährte ihm eine Unfallrente von 20 p.M., indem sie sich auf Gutachten des Dr. Hagemann und des Dr. Blasius stützte. Herr Hagemann hatte ausgeführt: W. habe Plattfuß. Einige Veränderungen rührten aber von dem Unfall her, so eine Verbindung am Knödel. Die Schmerzhafteit auf dem Spann sei als Plattfuß-Befreiung zu bezeichnen. Immerhin sei möglich, daß erst der Unfall diese Verhinderung ausgelöst habe; darum seien sie als Folgen des Unfalls zu behandeln. Der Richter werte noch vorübergehend um 20 p.M. in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Dr. Blasius fand nichts mehr, was auf den Unfall von 1900 zurückgeführt werden könnte, er meinte indes, die Verminderung von 20 p.M. liege sich als Übergangskosten für drei Monate rechtfertigen. W. sah die Festsetzung der Rente auf 20 p.M. durch die Verurteilung an, worauf ihm auch das Schiedsgericht in Berlin 83½ p.M. der Vollrente auftrug. Angewiesen hatte nun die Berufsgenossenschaft auf Grund eines neuen Gutachtens die Rente ganzlich eingestellt, weil W. infolge des Unfalls überhaupt nicht mehr erwerbsfähig sei. Auch hiergegen legte W. Verurteilung ein. Das Schiedsgericht hörte den Kreisarzt Dr. Schöller, welcher sein Gutachten dahin abgab: Es besteht noch eine leichte Verbindung am Knödel. Schwankungen am Vorderfuß mögen sie nun durch eine Durchschwung oder einen Knödelbruch entstanden sein. Siehe sehr leicht eine gewisse Empfindlichkeit zurück. Der Plattfuß habe mit dem Unfall nichts zu thun. Es sei hier anzunehmen, daß der Unfall von 1900 eine Verzögernimmung eines schon bestehenden schwierigen Zustandes herbeigeführt habe. — Das Schiedsgericht gab der Verurteilung statt und sprach W. nunmehr 20 p.M. Rente zu, zählt vom Tage der Renteneinstellung ab. — Die Berufsgenossenschaft legte gegen beide Urteile des Schiedsgerichts Reklame ein. Sie wollte bis zum Tage der Renteneinstellung nicht 83½, sondern nur 20 p.M. und von da ab nicht 20 p.M., sondern gar nichts mehr zahlen. Das Reichsgericht entschied am 20. Februar 1901, daß die Berufsgenossenschaft statt und erkannte dahin, daß sie bis zum Tage der Renteneinstellung nicht 83½ p.M., sondern nur 20 p.M. zu zahlen verpflichtet sei. Das zweite Reklame der Berufsgenossenschaft wurde indes nicht zugelassen. Der Senat erachtete die Einstellung der Rente vom Tage des fraglichen Bescheides der Berufsgenossenschaft ab nicht für gerechtfertigt. Die 20 p.M. müssen also weiter gezahlt werden.

Polizei und Gerichte.

* Aus Ober-Märkten erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Grundstein“!

Schr. gebrüder Herr Redakteur!

Der in Ihrem Blatte bejahrte Maurerparsler Fritz erlaubt sich zur Steuer der Mehrheit, eine gebrüder Redaktion auf Grund des Pregeleyes zu bitten, nachfolgende Berichtigung der in dem „Grundstein“ Nr. 48 vom 16. November 1901 über den Sachverhalt des Maurerparslers Fritz gegen den Kollegen Kühl gebracht, den Thatsachen nicht entsprechende Notiz in die nächste Nummer Ihres geschätzten Blattes einzudrucken lassen zu wollen.

Es heißt unter Anderem:

Fritz juckte die Beleidigungen gegen Kühl damit zu beweisen, daß er selbst als einen Sozialisten bezeichnete. Das diese Behauptung zu lächerlich ist, in unseren heutigen Verbällnissen wird jeder Kollege zugeben.

Wahr ist allerdings, daß Fritz den Kühl fragte, nachdem dieser, nach einer ausgesprochenen Meinung, welche Kühl vielleicht heute noch nicht begriffen hat, dem Fritz jürgen Gemeinde fragte: Ob Kühl damit die Interessen der Arbeiter vertreten hätte, wenn er die Leute etwas weiß machen und in Frankfurt in Alsfeld gearbeitet hätte.

Ja ich behaupte, es ist kriegerisch und unmoralisch, wenn ein Arbeiter, der sich aufzählt, als Agitator, und in seinen Vorträgen sagt, daß die Arbeiter, welche in Alsfeld arbeiten, dazu beitragen würden, daß ihre Kollegen brotlos würden, denn wo fünf Maurer in Alsfeld arbeiten, könnten sieben in Tegelohn arbeiten, diesen Spruch den Kollegen an's Herz legt, dann aber hingestellt und selbst in Alsfeld arbeitet und obendrein noch bei einer Firma, wo man noch das Gewerbebediengungsgericht wegen dem über verdienten Alsfelders in Anspruch nehmen mußte.

Es heißt weiter: Kühl sei Agitator und Streifseher, aus diesem Grunde müsse er die Leute arbeitslos machen. Eine größere Lügenhaftigkeit und Unterstellung von Thatsachen ist kaum denkbar.

Doch solche Lügen dem Verbande nur schaden, wird die gebrüder Redaktion selbst zugeben; das lassen sich die Ober-Märker Maurer nun doch nicht bieten. Vielleicht lernen die gebrüder Redaktion durch die Schildderung der Bewegung des Wurführers Kühl, warum die meisten Maurer aus dem Centralverbande ausgetreten sind, denn die That der Wurführer spricht mehr mitunter ihre Worte.

Ob Fritz wegen dieser angeblichen Beleidigung strafbar ist, müssen wir abwarten.

Der Berichtigung entgegensteht, schließt mit aller Hochachtung.

Maurerparsler Fritz.

Bemerken möchte ich Ihnen noch, daß eine Anzahl centralistischer Kollegen schon Jahre lang bei mir hängt und sich einer großen Beliebtheit erfreuen.

* Zu Kampfe mit den Kriegervereinen. Die Kriegervereine lassen es sich zur Zeit nicht mehr denn je daran gelegen sein, ihre Rechten von den „staatsfeindlichen Elementen“ zu föhren. Als solche betrachten sie nicht nur die sich offen zur Sozialdemokratie befremmenden Personen, auch die Mitglieder der Gewerkschaften, soweit sie nicht den Hirsch-Dunder'schen Kriegervereinen oder deren Verbündeten Verbänden angehören, werden von ihrem Bannstrahl betroffen. Besonders die Zugehörigkeit zu dem sozialdemokratischen Märtlerverband wird als eine schwere Sünde wider den heiligen Geist der Kriegervereine angesehen und mit dem Ausstoss aus denselben geahndet. Hierzu wurde auch ein Mitglied unseres Verbandes in Saarbrücken betroffen, welches aber bestreit, Sozialdemokrat zu sein und gegen den ausschließenden Kriegerverein Klage anstrengte, indem es die Bieder-einführung seiner Mitgliedsrechte beantragte. In der Prozeßverhandlung sah das Landgericht dem Kläger den Eid zu, daß er „nicht sozialdemokratisch gewählt“ habe. Daß der Ausstoss an ihn ungerechtfertigt, das ist durch ein Beurteilung, daß der Kriegervereinbund der deutschen Landes-Kriegerverbände im September vorigen Jahres in einer Zeitschrift niedergelegt hat. In dieser Ausgabe heißt es u. a.: „Die Kriegervereine, als nicht politische Vereine, stehen allen Parteien vollkommen unparteiisch gegenüber, sie mischen sich nicht in den Streit dieser Parteien, sie begnügten wieder, die eine noch die andere Partei rechtfertigt und ihre Mitglieder sind vollkommen frei, innerhalb des Rahmens der dem bestehenden Staat anerkennenden Parteien ihre Pflichten als Staatsbürger bei Reichstags-, Landtags- und kommunalen Wahlen sowie im täglichen bürgerlichen Leben zu beobachten wie sie wollen.“

Nach dieser Grundlage hätte das Gericht ohne Weiteres zur Verurteilung des beklagten Vereins kommen müssen. Mindestens hätte es sein Recht, von dem Kläger zu verlangen, daß er sein Wahlrecht zum Reichstag, und um dieses kann es sich nur handeln, ist ausdrücklich durch Gesetz festgelegt. Ein Überigen können wir nur wiederholen, was wir schon öfter unseren Kollegen erzählen haben: Weist der Kriegerverein jedem bestehenden Arbeiter sollte diese Mahnung herzeigen, er erwartet sich manche Verdrießlichkeit und behält sein Geld.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 1 des „L'Operario Italiano“, welche mit Nr. 2 des „Grundstein“ zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Amthus — Alte und neue Geschichte. — Oskar Schmidt. — Kohlen und Weizen. (S. Faure.) — Broterwerbung und Verbrecherthum in Italien. — Arbeitslosigkeit in Süddeutschland. — Die Frauenarbeit in Amerika. — Eine alte Fabel und eine neue Geschichte. — Die Spuren. — Korrespondenzen aus Saarbrücken und Mannheim. — Wohn- und Streitbewegung. — Verschiedenes vom Inn- und Ausland.

„Neues Jahr“. (Stuttgart, Diez' Verlag). 14. Heft des 20. Jahrganges. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Ideale“ Güter. — Die Taktik der italienischen Sozialisten. Von Odo Oberberg (Genoa). — Parteipolitische Projekte in England. Von W. Beer. — Der Münzismus in der modernen Literatur. Von Hermann Nolans-Holst. Deutsc von Franziska de Graaf-Schluß. — Die amtliche Streiftatistik. Von Adolf Braun. — Literarische Kritik: Dr. Arthur Sauer. Die Christus-Legende in ihrem Verhältnis zur arabischen Mythologie. Dr. Otto Petenz. Die Entwicklung der Arbeitsheilung im Leipziger Gewerbe von 1751 bis 1890.

Briefkasten.

Frankenhäuser und Lägerdorf. Versammlungsanzeigen kommen zu spät.

Senftenberg, Barth. Privatinsserate nehmen wir nicht auf.

Meldorf, G. Die Notiz haben wir einer anderen Zeitung entnommen. Wir sind dazu gezwungen, weil uns unsere Kollegen über solche Vorortennotizen nur selten Berichte liefern und wenn sie es einmal thun, dann kommen sie auch meistens drei oder vier Wochen damit hinterhergehumpelt. Beweis: Ihre Mitteilung, die 14 Tage später nach Veröffentlichung der fraglichen Notiz erfolgte. An dieser Stelle wollen wir denn auch noch Ihre Mitteilung richtig stellen, daß bei dem Generalbeurteilung an dem Neubau des Gefangenenausbaus nicht ist, sondern nur vier Personen, zwei Maurer und zwei Arbeiter, verunglückten und daß der Bau nicht von einem erst fürstlich von Berlin vor übergeben werden, sondern von einem schon längere Zeit am Oste ansässigen Unternehmer ausgeführt wird.

Stolp (Pommern), B. Anonyme Schreiben läßt man gewöhnlich unbedacht. Jedoch sind auch Ausnahmen von dieser Regel denkbar. Wie können Ihnen im vorliegenden Falle einen Maß nicht erheilen, da wir den Inhalt des Schreibens nicht kennen.

Breslau, B. Über die Versammlung in Deutsch-Rosenthal war uns schon von anderer Seite ein Bericht zugegangen. Derfelber war schon abgesetzt. Ihr Bericht hier entfällt. Da wir nun nicht gut zwei Berichte über eine Versammlung bringen können, müssen wir den Ihnen zurückziehen.

Braunschweig, M. Größere Berichte haben wir am liebsten schon am Freitag oder Sonnabend, kürzere Notizen oder Inserate kommen auch noch früh genug, wenn sie Montags hier eintreffen. Redaktionsschluß ist am Montag Abend um 8 Uhr.

Streikabrechnungen.

Bauherr (Meyer), Zweigverein Mühlendorf.

Ginnahme M. 379,20

Ausgabe M. 341,

sonstige Ausgaben M. 38,20

Summa M. 379,20

Mühlendorf, den 16. Dezember 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Der Vorstand des Zweigvereins:

August Höpke, 1. Vorsteher. Otto Grund, 1. Kassier.

Streik in Sommer (Steinbrucharbeiter).

Ginnahme M. 146174,87

Aus der Hauptkasse M. 697,93

Von den örtlichen Gewerkschaften d. Hauptkasse verwendet M. 14,28

Von anderen Gewerkschaften am Orte M. 18,

Sonstige Einnahmen M. 36,50

Bürlügezahlte Streitunterstützung M. 36,50

Summa M. 146941,55

Ausgabe M. 140976,25

Für Streitunterstützung an Verkehrsbehörde M. 2862,90

Vertretung Bürgerschaft M. 606,40

Herrichtung des Zugzuges M. 769,20

Herrichtung und Unterstützung Justizstrafe M. 867,15

Flugblätter- und Annoncen M. 10,20

Post- und Schreibmaterial M. 30,53

Verdienst und auswärtiger Arbeit M. 819,62

Summa M. 146941,55

Sommer, den 28. August 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

W. Baudenb. Wilhelm Benz.

Für die Streikkommision:

Carl Voigt, Hermann Brink, Wilhelm Lindau.

Bauherr (Stuetz), Zweigverein Hemelingen.

Ginnahme M. 88,-

Ausgabe M. 88,-

Für Streitunterstützung an Verkehrsbehörde M. 88,-

Hemelingen, den 23. Dezember 1901.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Redaktion:

Max Pfeiffer, Johs. Öster, M. Ahlers, Albert v. Horn.

Für die Streikkommision: Fritz Hauseid.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. Dezember 1901 bis 4. Januar 1902 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gütersloh M. 200, Lügde-Wiehelsbach 200, Eichen 150, Leipzig-Gohlis 100, Frankfurt a. M. 100, Pirna 100, Wiesbaden 100, Neu-Augsburg 100, Schüttorf 100, Wiesenburg 100, Deutzen 100, Herberg (Elster) 80, Sonnenburg 65, Biebrich 50, Sienna M. 1625.

Büchläufe erhalten: Minden, M. 500, München 500, Erfurt 200, Bielefeld-Auebüttel 200, Waldmichelbach 140, Haubach 120, Kreßel 100, Schwerin i. M. 100, Wolberg 100, Kirch-Steinmetz 100, Neu-Augsburg 100, Wöbbel 100, Görsl 100, Heilbronn 100, Lengerich 80, Straßburg (Els) 80, Geisnitz 75, Osterberg 80, Eggenstedt 20. Summa M. 2745.

Berichtigung.

In Nr. 52 b. VI. Sterbefall vom 8. Quartal 1901, muß es unter Nr. 18. William Annenfeld, Mauer, geb. 21. 8. 62 statt Meyer heißen.

Altona, den 4. Januar 1902.

Karl Neiss, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Centralverband der Maurer.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Neue Kassabücher für die Zweigvereine.

Die jetzt sich im Gebrauch befindenden Kassabücher passen nicht mehr in allen Punkten zu den Verwaltungseinrichtungen, welche infolge des Beschlusses des letzten Verbandsstages eingeführt werden müssen. Es sollen daher alle Zweigvereine neue Kassabücher erhalten. Die neuen Bücher, welche anfangs Februar zu Verwendung gelangen, enthalten genau so wie die bisherigen drei Blätter zur Buchung der täglichen Einnahmen und Ausgaben, sowie für jedes Quartal ein Kassenabschlußformular. In der Regel dürfte dieser Umfang der Bücher den Bedürfnissen entsprechen. Wo das nicht der Fall ist, ersuchen wir um Mitteilung. Wir sind gerne bereit weitere Blätter zur Eintragung der täglichen Einnahmen und Ausgaben einzufügen.

Einsendung der Mitgliedsbücher der Ehrenmitglieder.

Es hat sich besonders in diesem Jahre seit Einführung der Streitunterstützung herausgestellt, daß in vielen Fällen bei der Erneuerung zum Ehrenmitgliedern nicht streng nach den statutarischen Bestimmungen gehandelt wurde. Hieraus haben sich bei Sterbefällen mehrere Kollegen resp. deren nächsten Angehörigen, besonders aber für die in Betracht kommenden Zweigvereinsestellungen große Unannehmlichkeiten ergeben.

Weiter hat sich herausgestellt, daß die statutarischen Bestimmungen bezüglich Beitrag leistung seitens der Ehrenmitglieder eine Änderung erfahren müssen.

Um nur fernerhin Unannehmlichkeiten zu verhindern und um festzustellen, ob die Erneuerung zum Ehrenmitglied zu Recht erfolgte, sowie um im Einzelfalle Anweisung über Beitrag leistung geben zu können und förmlich, um eine Unterlage für die Rendierung des Status zu erlangen, wollen wir bis Verhältnisse der Ehrenmitglieder im Einzelnen feststellen.

Zu diesem Zweck ersuchen wir die Vorstände der Zweigvereine, uns die Mitgliedsbücher der Ehrenmitglieder bis zum 1. Februar einzuzenden.

- Mit der Einführung des Buches sind für jedes einzelne Mitglied folgende Fragen zu beantworten:
1. Wann ist die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt (Jahr und Datum)?
 2. Ist der betreffende Kollege noch arbeitsfähig (ganz oder teilweise)?
 3. Wenn ja, dann: wie hoch war sein Stundenlohn im vorigen Jahre?
 4. Größe der Kollegie Reichs-, Unfall-, Alters- oder Invalidenrente?
 5. Wenn ja, dann: wie hoch ist die Rente?

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1901.
muß bis zum 15. Januar eingezahlt werden. Bis zu demselben Datum müssen auch die in der Abrechnung aufgeführten und für die Haupthälfte bestimmten Gelde eingehandelt sein. (Siehe auch das den Abrechnungsformularen beigeigefügte Begleitschreiben.)

Vom Verbandsvorstande bestätigt
find die neu gewählten Verbandsmitglieder aller Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Ausgeschlossen
auf Grund § 18 a. des Staats von den Zweigvereinen Münster i. W.: Karl Sauritz (Buch-Nr. 015 432); Münchener Andreas, Brem. (96 179), Josef Heringer (181 998), Jakob Bichler (180 981).

Als verloren gemeldet
find die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Müller, Abberhof (Buch-Nr. 85 176), Walter Böttcher, Schleibis (142 008).

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 30. Dezember 1901 bis 6. Januar 1902 sind folgende Beträge bei der Haupthälfte eingegangen:

Haupthälfte.

Von den Zweigvereinen Frankfurt a. M. M. 1200, Remsberg 625,47, Mainz (Stadt) 562,90, Darmstadt 252,81, Koblenz 200, Gelnau b. Glauchau 129,58, Schlawe 83,12, Tannbach 70,40, Baukau 26,63, Wittenberg 95,24, Deutz-Rheinwohl 110,60, Wandelsdorf 300, Emder 424,25, Stellingen 318,07, Hohenloheleben 181,56, Teuchern 177,92, Wezel 175,95, Westenberg 60,72, Wismar 28,48, Löbau 374,88, Gransee 318,45, Essien a. d. R. 267,80, Zwönitz 263,85, Nürnberg 240, Spanbau 202,60, All. - Damme 190,66, Teterow 181,62, Cotta a. d. O. 152,60, Quedlinburg 141,75, Rheine i. W. 130,80, Seesen 127,88, Freienwalde 124,40, Flensburg 97,03, Blumenthal 79,64, Egeln 76,23, Schwartz 75,24, Traubemühle 61,45, Schönhausen 27,98, Lüneburg 10,45, Würges 4,80, Beelitz i. d. Mark 255,04, Berlin III 24,25, Niedersodeleben 169,38, Lüddecke 154,50, Badbergen 136,56, Lüdinghausen 110,70, Schöppenstedt 87,80, Langenlinsen 78,05, Toden 72,80, Voerde i. M. 62,42, Felddorf 36,72, Neidlinger 27,70, Reipen 15,53, Düsseldorf 116,00, Breslau 428,78, Bremberg 426,48, Halle a. d. S. 276,98, Barleben 211,20, Brumsum 206,32, Bremsee 200,72, Nienburg a. d. S. 175,10, Gelle 168,38, Bergedorf 149,05, Neuhaus a. d. Hardt 187,95, Göschen 123,75, Überhaußen (Mühl.) 116,15, Rehna 61,06, Gimbade i. Hess. 39,96, Biehle 32,05, Geisenheim 31,80, Löschner 29,20, Gumenalde 27,12, Östringen 24,87, Türen 7,88, Berlin I 3421,61, Dresden 800, Gera 474,18, Altona 391,85, Luckenwalde 363,72, Altenburg 341,59, Wannsee 295,20, Steinbeck 266,68, Alt-Schneide 240,86, Nordorf 201,20, Fürstenwalde 200, Waldenburg i. Sch. 144,57, Schwedt 136,86, Arnstadt 117,92, Sonnenburg i. d. Neum. 102,01, Gölitz 107,52, Nienburg a. d. Weser 99,20, Tirschenreuth 98,84, Kribis-Tram 96,76, Jachow 94,30, Vieritz 90,20, Mölln i. Lauenr. 70,19, Innenraum 69,60, Schleswig 68,90, Kühlungsborn i. Pommern 58,24, Liepe a. d. O. 51,67, Röhrsdorf 58,75, Güstrow i. Pommern 58,24, Liepe a. d. O. 51,67, Röhrsdorf 58,75, Neusalz 36,74, Gr. Wachungen 47,48, Ronzig 39,76, Neusalz 36,74, Gr. Wachungen 47,48, Röhrsdorf 36,61, Lülsdorf 14,88, Golßen 140,64, Bornhöved 46,68. Summa M. 22 783,67.

Für Protokolle vom 6. Verbandsstag in Mainz.

Schläge in Pommern M. 2, Wesenberg 1, Jessen 2, Blumenthal 1, Oberhausen 1, Altenburg 9,80, Schleibis 2, Königslager in der Neumark 2, Neusalz 1, Wald i. Rhein. 1. Summa M. 22 80.

Die Zweigvereins-Kassirer resp. Einsender von Gelbern werden erfuht, auf den Postabdrücken genau anzugeben, wofür das eingehandelte Gelb bestimmt ist.

Hamburg, den 6. Januar 1902.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Bremmerstr. 11, 1. Et.

Quittung.

In den Monaten Oktober - November - Dezember sind aus den Zweigvereinen für Anzeigen eingegangen: Spanbau M. -20, Schleibisbühl -20, Groß-Berken 3,80, Lübeck -80, Reinhardtsdorf (Kr. R.) -20, Hechtshain -60, Elbersdorf -60, Bernburg -75, Solingen 2,95, Neudamm -20, Zinnowitz 2,90, Bromberg 4,20, Stralendorf 1,20, Mainz -45, Umla 4,20, Brunsbüttel 2,00, Neubrandenburg 2,95, Oberberg -60, Gabersleben -45, Düsseldorf 4,20, Werder 3, Wittenberge -85, Borsig (Kr. R.) -20, Wolfsburg -20, Berka -60, Bergen a. R. 6,60, Bötzow 2,70, Bitterfeld 1,85, Delitzsch -90, Hettber -80, Gr. Orla 2,80, Brieg 2,10, Ebersheim -20, Görlitz -95, Wilmersdorf -60, Prignitz 5,80, Wittenberge 1,75, Frankfurt a. d. O. 4, Lübeck 2,85, Sonnenberg bei Brieselaben -75, Stuttgart 1,60, Göttingen -90, Neustadt (Osts.) 3,80, Ludwigsburg 3,25, Bördeland 2,40, Spanbau (Kr. R.) -20, Lehnin 5,0, Krausnick 8, Tempeln -20, Oberhausen 4,75, Spanbau -20, Rheinsberg -80, Glogau -40, Gelsenkirchen -80, Rothensee -80, Oranienburg 1,45, München 2,10, Frankfurt a. M. 6,60, Barnsee 1,16, Oranien-

burg -20, Swinemünde -60, Bakenhausen -70, Blankenfelde -76, Gunzenhöfen -20, Barnsee -45, Breslau 2,50, Reinhardtsdorf -30, Barnsee 1,45, Glogau -50, Groß-Lichterfelde (Kr. R.) -20, Borsig 2,70, Bledede -20, Gardern 6,85, Sonnenberg i. Br. 3,15, Templin -80, Spandau -20, Lünen -45, Rheinsberg -80, Müllrose -40, Beimar -40, Neuhardenberg 1,15, Gunzenhöfen -20, Eickel -80, Bielen -80, Tempeln -20, Emden -20, Teuchern -40.

Die Expedition des "Grundstein".

Abrechnung für das 3. Quartal 1901 des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Als Hamburg.

Ginnahme in den Zweigvereinen.

Vom vorherigen Quartal am Ort des verbleibenden Hauptstellen gelde	M. 2149,84
Am Eintrittsgeldern	8120,60
wöchentlichen Beiträgen u. Unterhaltsungsgeldern	388481,39
Büchsen aus der Haupthälfte	2107,68
sonstigen Einnahmen für die Haupthälfte	380,88
Summa	M. 896189,49

Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Haupthälfte eingezahlt	M. 297847,04
Für Nachschub	2486,15
Gehaltsregelunterstützung	1647,88
Sterbeunterstützung für Mitglieder u. Eltern	7388,-
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	85015,07
Hauptstellen gelde am Ort behalten	946,48
Verluste in den Zweigvereinen	862,07
Summa	M. 896189,49

Ginnahme in der Haupthälfte.

Rosenbestand vom 2. Quartal	M. 5427,48
Am Eintrittsgeldern	M. 8,-
wöchentlichen Beiträgen	827,15
sonstigen Einnahmen	6,95
Summa	M. 316619,87

Ausgabe in der Haupthälfte.

Für Druckarbeiten	M. 477,-
Anfertigung verschiedener Sorten Matzen	82447,80
das Hardorff "Der Grundstein"	2282,45
Quartalsbeitrag an die Generalkommission für das 2. Quartal 1901	2713,71
Aufschuß am Zweigvereine	2107,58
Nachschuß für den Vorstand	59,60
nachträgliche Ausgaben zum Verbandsbeitrag in Mainz	270,87
Stanstif	112,93
Kassenrevision in Zweigvereinen	77,20
Prospekt an die Generalkommission	5,60
Umzugskosten von Hannover nach Hamburg an H. Tönnes	101,85
Beamtengehälter und Ausküsse im Bureau	M. 3204,-
Reisekosten	47,57
Vorsicherung d. Verbandsmitgliedern	16,88
Bureauamtsle, Reinigung und Beleuchtung	3267,95
Buchdruckerarbeiten	226,16
Wörter, 90 Verzeichniss, 6400 Statuten	739,80
Zweigvereinsmittel und Zubehör	148,25
Wörter und Schreibmaterial	60,05
Zeitungsbonnements und Bringerlohn	16,98
Monatlichkeit des Bureaus	67,15
Streiks	75000,-
Per Bant delegiert	171000,-
Für Porto: 179 Pakete	M. 78,06
8885 Kreuzabendungen	201,99
Briefporto, Depeschen und Geldversand	864,05
Postgebühren	89,30
Summa	M. 312918,70

Wilsch.

Ginnahme	M. 816619,87
Ausgabe	312918,70
Summa	M. 8700,67

Hamburg, den 1. Januar 1902. J. Köster, Kassirer.

Bestellt und für richtig befunden von den Abgeordneten: H. Marks, Altona. Ab. Bisch., Hamburg.

Anzeigen.

Darmstadt.

C. Lahs, Vorsitzender, Weinbergstraße 33.
D. Fries, Kassirer, Weinbergstraße 2.

Herberge und Verkehrslokal befinden sich in der Schlossgasse, „Stadt Mainzheim“. [M. 1,80]

Deutsch Lissa.

Unter Verkehrslokal befindet sich von jetzt ab bei Herrn Senftleben, „Gasthof zum weißen Adler“, und werden Beiträge für Verband und Kantonsschule jeden Sonntag vor dem 1. und 15. eines jeden Monats entgegenge nommen. [M. 1,80]

Schwäbisch Gmünd.

Meine Adresse ist jetzt: Ledergasse 30, 2. Et. Jacob Mann, Vorsitzender. [M. 1,90]

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todessfälle der Verbandsmitglieder, sofern wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbede Mitteilung erhalten. Die Seite kostet 15 Pf.

Berlin I. Am 25. Dezember 1901 verstarb unser Mitglied Fried. Stephan im Alter von 62 Jahren.

Dresden. Am 29. Dezember starb unser Verbandsmitglied Oskar Kirsten im Alter von 28 Jahren an Lungentotar.

Reinhardtsdorf. Am 28. Dezember v. J. verstarb unser Verbandsmitglied August Beierendorf. Am 23. Dezember verstarb unser Verbandsmitglied Fritz Schröder im Alter von 24 Jahren an Typhus.

Wiesbaden-Sonnenberg. Am 25. Dezember starb nach langem Krankenlager unser Verbandsmitglied August Pfleifer im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

ist in der Zeit vom 30. Dezember bis 6. Januar bezahlt worden für nachstehend benannte Mitglieder resp. deren Frauen:

Wilhelm Heiß, Böhendorf (Buch-Nr. 145 520), Osterforst
Kirsten, Dresden (051 401), Karl Heimann-Jessen (115 611), Friedrich Stephan, Berlin I (283), Friedrich Wanzenberg, Hamburg (096 144), Otto Biese, Hamburg (140 170), Wilhelm Hößner, Wittenberg (102 688), Wilhelm Weißmann, Leipzig (088 641), Georg Maunz, Lemperg (069 924), Hermann Lindner, Burgen (177 294), Joachim Thiemar, Neustadt i. M. (0103 229), Gustav Dinger, Weissenfels (88 802).

Osnabrück.

Die Adresse des Kassiers ist: Ph. Wissel, Kampstraße 29. Die Herberge befindet sich bei Betscheymer, Johanniskirche 45. [M. 1,50]

Erklärung.

Die am 27. Dezember stattgefunden Versammlung des Zweigvereins Elmshorn erklärte das Gericht, der frühere Vorstand sollte Beigeldner unterliegen haben, für unwahr, weil sämtliche Belege und Bücher rebürtig worden sind. [M. 2,10] J. A. Der Vorstand.

Mussforderung.

Sollte einer Jubiläum die Adresse des Maurers Franz Peschel, Buchnummer 050 081, bekannt sein, so bitte unterzeichnet ergeben, ihm selbige wegen Familieneigentümlichkeiten mitzuteilen. Oskar Peschel, Köln a. Rhein, Peterstraße Nr. 7. [M. 2,10]

Veranstaltung-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Gesetz nach der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gegeben. Der Titel für jede Anzeige, die die Raum von 2 Zeilen übersteigt darf, beträgt 20 Pf. Die Anzeiger müssen für jede Versammlung besonders eingezahlt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonneberg, 11. Januar. Abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Bader, Schleibis, Schleibis.

Wolfenbüttel, Abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Bader, Schleibis.

Sonneberg, 12. Januar. Abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Bader, Schleibis.

Gifhorn, 31.12. Uhr. Bader, Schleibis.

G